Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 331 | Samstag, den 1. Dezember 1934 | Jahrgang 1934

Der 8. Dezember: Tag nationaler Solidarität.

DNB **Berlin**, 30. Nov.

Am Sonnabend, dem 8. Dezember, findet im ganzen Reich eine Sammlung für das Winterhilfswerk statt, die unter Leitung des Reichspropagandaleiters der NSDAP, Dr. Goebbels, steht. Die verantwortliche Leitung der Sammlung in den Gauen liegt bei den Gaupropagandaleitern bezw. bei den Landesstellenleitern, in den Kreisen bei den Kreispropagandaleitern und in den Ortsgruppen bei den Ortsgruppenpropagandaleitern.

An der Sammelaktion beteiligen sich sämtliche höhere Beamte und Angestellte des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda und der Landesstellen sowie der dem Reichsministerium und den Landesstellen unterstehenden Behörden und öffentlichen Einrichtungen der Reichskulturkammer, Reichsrundfunkgesellschaft, Werberat der deutschen Wirtschaft, Hochschule für Politik, Philharmonisches Orchester, Theater, Filmprüfstelle, Reichsausschuß für Fremdenverkehr. Ebenso beteiligen sich alle Gaupropagandaleiter mit ihren Mitarbeitern sowie in den Kreisen und Ortsgruppen der NSDAP die Propagandaleiter und sämtliche in den Gauen befindlichen Redner. Außerdem werden sich die führenden Persönlichkeiten der Partei und ihrer Untergliederungen für die Sammelaktion einsetzen. Der Chef des Stabes der SA, der Reichsführer der SS und der Reichsjugendführer haben einen entsprechenden Befehl an die ihnen unterstellten Gliederungen erlassen. Gesammelt wird von 16 bis 19,30 Uhr auf den Straßen und anschließend in den Gaststätten usw.

Ribbentrop in Paris.

Ein privater Besuch, der starke Beachtung findet.

(!) **Paris**, 30. November.

Nach einer Havasmeldung ist der deutsche Abrüstungsbevollmächtigte von Ribbentrop Freitag vormittag auf dem Pariser Nordbahnhof aus Berlin kommend in Begleitung seiner Frau eingetroffen. (Das Deutsche Nachrichtenbüro bemerkt dazu, daß der Besuch von Ribbentrops in Paris rein privater Natur sei. Er werde am Samstag schon wieder in Berlin sein.)

Die Ankunft von Ribbentrops in Paris bildet eines der Hauptgesprächsthemen der Pariser Abendpresse. Die Blätter ergehen sich in den verschiedensten Vermutungen, wobei jedoch die Ansicht vorherrscht, daß der Besuch von Ribbentrops diesmal keinen amtlichen Charakter trage. Im übrigen unterstreichen die Blätter den engen Kontakt, der augenblicklich zwischen den französischen und den deutschen ehemaligen Frontkämpfern bestehe.

★

Die aus Paris gemeldete Ankunft des Herrn von Ribbentrop ist in London von der Freitag-Abendpresse, die allgemein diese Tatsache auf ihren Straßenplakaten hervorhebt, als Hauptmeldung veröffentlicht worden. Die Blätter glauben aus der Reise des Herrn von Ribbentrop schließen zu können, daß die Einleitung neuer Verhandlungen über die Rüstungsfrage zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland bevorsteht. Gleichzeitig veröffentlicht die Abendpresse den amtlichen Berliner Kommentar, wonach Ribbentrops Besuch in Paris völlig privater Natur sei. „Evening Standard" hält es für möglich, daß Ribbentrops Mission zu einer deutsch-französischen Verständigung führen könne.

Die Aussprache der Frontkämpfer.

Goy über die deutsch-französische Verständigung.

(!) **Paris**, 30. Nov.

Das „Petit Journal" hat im Hinblick auf die Montagaussprache in der Kammer den Abgeordneten Goy gebeten, ihm Zweck und Ziel seiner Berliner Reise darzulegen. Goy erklärte, er sei nicht in seiner Eigenschaft als Abgeordneter nach Berlin gegangen, sondern als ehemaliger Frontkämpfer. Welche Gefahr hätte für Frankreich dadurch entstehen können? Ein Regierungschef, der selbst ehemaliger Frontkämpfer sei, erklärte sich bereit, auf verschiedene an ihn gestellte Fragen zu antworten, und man habe, wie man glauben dürfe, sehr präzise Fragen gestellt. Gegenüber diesem Regierungschef, der sich für Deutschland verbürgen könne, habe es keine entsprechende Persönlichkeit in Frankreich gegeben. Wenn man sich auf eine derartige Befragung ohne Gegenleistung einlasse, heiße das nicht klar den Wunsch bekunden, das Terrain von mehreren Mißverständnissen zu bereinigen, um zu Verhandlungen mit Deutschland zu kommen?

Auf die Frage, ob er an die Vorherrschaft der Friedenspartei in Deutschland glaube, erwiderte Goy: Ich habe gegen den Dawesplan, gegen den Youngplan, gegen das Hoovermoratorium, gegen die vorzeitige Rheinlandräumung gestimmt. Ich gehöre nicht zu denen, die Deutschland Opfer ohne Gegenleistung brachten.

Ich hatte das Gefühl, daß es vergeblich sei, mit Männern zu verhandeln, die wirklich nicht die Herren Deutschlands waren. Heute aber haben wir es mit einer Regierung zu tun, die nicht Gefahr läuft, morgen durch den Sturz der parlamentarischen Mehrheit desavouiert zu werden.

Daher erkläre ich zu den Verhandlungsangeboten: Warum nicht? Welche Probleme stehen brennend zwischen uns?

Es gab den berüchtigten polnischen Korridor; man fürchtete, daß wir eines Tages zu wählen haben würden, entweder uns für Polen zu schlagen oder unseren Verbündeten im Stich zu lassen. Nun hat Hitler diese Frage mit Polen geregelt.

Das Saargebiet? — In zwei Monaten wird die Angelegenheit liquidiert sein.

Es bleibt dabei also nur die Frage der deutschen Rüstungen. Deutschland rüstet und stellt dies nicht in Abrede. Aber gibt es außer der Gewaltlösung ein anderes Mittel als eine Aussprache, um Deutschland dahin zu bringen, die Notwendigkeit einer Begrenzung und späteren Herabsetzung seiner Rüstungen einzusehen?

Auf den Einwand, daß die Kleine Entente und Sowjetrußland durch Verhandlungen Deutschlands mit Frankreich unruhig und entfremdet werden könnten, antwortete Goy: Es handelt sich nicht darum, eine Entente gegen irgend ein anderes Land zu schaffen, sondern darum,

die Furcht vor einem deutsch-französischen Konflikt zu beseitigen und dadurch dazu beizutragen, die ganze europäische Atmosphäre zu ändern.

Die Antwort auf die Frage, ob eine Annäherung sich in einer Rückkehr Deutschlands nach Genf auswirken werde, lautete: Die wünschenswerte Rückkehr Deutschlands nach Genf wird einer deutsch-französischen Aussprache nur folgen, aber nicht ihr vorangehen. Im Völkerbund veröffentlicht man die zwischen den Nationen abgeschlossenen Abkommen, um jede Beunruhigung, die bei dritten Mächten, die an dem Abkommen nicht beteiligt sind, aufkommen könnte, zu vermeiden, aber der Abschluß der Abkommen kann nicht in Genf erfolgen.

Eine weitere an Goy gestellte Frage lautete:

Ein unmittelbares Hindernis für die deutsch-französische Verständigung ist die Saarabstimmung, die zu unangenehmen Zwischenfällen führen könnte.

Haben Sie ein Mittel gesucht, dieser Gefahr zu begegnen? Die Antwort lautete: Ich glaube, daß eine Abordnung ehemaliger französischer und deutscher Frontkämpfer sich einige Tage vor der Saarabstimmung nach Saarbrücken begeben und während der der Abstimmung folgenden Wochen dort bleiben könnte. Sie wäre geeignet, durch ihre Anwesenheit den Willen beider Völker um die Abstimmungssicherheit zu gewährleisten. Angesichts einer solchen moralischen Beruhigung dürften die erregten Elemente sich wohl hüten, einen Zwischenfall hervorzurufen.

Außenpolitische Rede Lavals.

(!) **Paris**, 30. November.

In der französischen Kammer hat heute nachmittag die Beratung des Haushalts des Außenministeriums mit dem Bericht des Abgeordneten Daciac begonnen. Mit größter Spannung sieht man der Rede entgegen, in der vermutlich noch heute abend Außenminister Laval über seine außenpolitischen Richtlinien sprechen wird. Die Aussprache dürfte ziemlich stürmisch verlaufen, wenn Franklin-Bouillon seine Absicht wahr macht, im Zusammenhang mit der Reise der Frontkämpfer Goy und Monnier zur Frage der deutsch-französischen Beziehungen Stellung zu nehmen.



Die feierliche Trauung in der Westminster-Abtei in London.

Das Bild zeigt das Brautpaar vor dem Altar während der Einsegnung durch den Erzbischof von Canterbury. Rechts daneben sieht man den englischen König mit der Königin unter den zahlreichen hohen Gästen.

Tagesrundschau.

Graf Paul Wolff-Metternich †. Die Reihen der Männer, die in der deutschen Vorkriegspolitik auf wichtigen Posten gestanden haben, lichten sich. Jetzt ist auf Burg Heppingen bei Neuenahr der Wirkl. Geh. Rat Dr. iur. Graf Paul Wolff-Metternich kurz vor der Vollendung seines 81. Lebensjahres gestorben. Er war einer der letzten deutschen Botschafter vor dem Kriegsausbruch in London. Dort hatte er schon einen großen Teil seiner 1882 begonnenen diplomatischen Laufbahn zugebracht, als er im November 1901 als Nachfolger des Grafen Hatzfeld zum Vertreter des Deutschen Reiches am englischen Königshofe ernannt wurde. Er trat sein Amt noch unter den Nachwirkungen einer kurz vorher gehaltenen, in Deutschland mit Entrüstung aufgenommenen Rede des älteren Chamberlain an, des Vaters der aus der englischen Nachkriegspolitik bekannten beiden Chamberlains. Das Bemühen des neuen Botschafters war auf eine Verbesserung des sehr kühlen Verhältnisses Englands zu Deutschland gerichtet. Aber die dazu notwendige Verständigung der beiden Länder über ihre Flottenpolitik gelang nicht, obwohl Wolff-Metternich, der die wachsende Feindschaft der Engländer richtig beobachtete und es an Warnungen nicht fehlen ließ, dafür in seinen Botschafterberichten mit seltener Freimütigkeit eintrat, unbekümmert darum, daß er sich durch diese Berichte in Berlin unbeliebt machte. „Ich kann meine Ueberzeugung selbst nicht für die Gunst meines Souveräns verkaufen. Auch ist mir zweifelhaft, ob Seiner Majestät mit einer glatten und wohlgefälligen Berichterstattung gedient wäre, bis wir uns plötzlich in einem Krieg mit England sähen." So schrieb er in einem seiner letzten Berichte. Inzwischen wurde er in Deutschland immer heftiger angegriffen, und im Mai 1912 ließ ihn der Kaiser fallen. Er wurde durch den früheren Staatssekretär Freiherrn von Marschall ersetzt und nach dessen raschem Tod durch den Fürsten Lichnowsky. Bei dem Abschiedsbankett der deutschen Kolonie fiel eine damals großes Aufsehen erregende Aeußerung des Grafen: „Einem Botschafter steht nicht die Freiheit der Rede zu. Vielleicht kommt noch einmal die Stunde, wo ich ohne Verletzung des Dekorums mich mit Freimut über Vergangenheit und Gegenwart äußern kann." Wolff-Metternach ist gestorben, ohne daß er sich geäußert hat. Jedenfalls ist der Oeffentlichkeit noch nichts darüber bekannt geworden. Nach seinem Abschied vom diplomatischen Dienst zog sich der Graf, der unverheiratet war, ins Privatleben zurück. Seine Zurückgezogenheit unterbrach er nur kurz, als er nach dem Tode des Freiherrn von Wangenheim von Oktober 1915 bis September 1916 Botschafter in Konstantinopel war, wo er dann durch Kühlmann ersetzt wurde. Er lebte seit Kriegsende meist auf seinem Schloß Gracht bei Liblar in der Rheinprovinz. Dort erfolgt auch die Beisetzung.

★

Südwestafrika und die Südafrikanische Union. Wie nach dem an dieser Stelle kürzlich behandelten Ausfall der Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung in unserm ehemaligen Schutzgebiet, dem heutigen Mandatsgebiet Südwestafrika zu erwarten war, hat die englisch-burische Zweidrittelmehrheit von ihrer Machtstellung alsbald Gebrauch gemacht. Sie hat mit ihren zwölf Stimmen gegen die sechs Stimmen der Opposition, zu der die paar deutschen Abgeordneten gehörten, den von ihr gestellten Antrag zur Annahme gebracht, demzufolge Südwestafrika der Südafrikanischen Union als fünfte Provinz angegliedert werden soll. Zwar ist nach Artikel 22 des Völkerbundsstatuts die Verwaltung des südwestafrikanischen Mandats als „intergrierender Bestandteil" der Union möglich, aber ob diese zu der Angliederung bereit ist, das ist noch zweifelhaft. Es steht dem sowohl eine Erklärung des Ministerpräsidenten General Hertzog entgegen, als auch sind wegen der schlechten Finanzlage des stark verschuldeten Mandatsgebiets in der sich aus den Provinzen Kapland, Natal, Transvaal und Oranjefreistaat zusammensetzenden Südafrikanischen Union beachtliche Stimmen gegen die Angliederung laut geworden. Außerdem darf man wohl hoffen, daß auch die Rücksicht auf Deutschland, zu dem die Union bisher freundschaftliche Beziehungen unterhält, dazu beitragen wird, daß die Regierung in Pretoria es ablehnt, dem Beschluß des Mandatsparlaments Folge zu leisten.

★

Das englische Volk und sein Königshaus. Die Hochzeit im englischen Königshaus war nicht nur ein die königliche Familie berührendes, nicht nur ein großes gesellschaftliches Ereignis, sondern ein Fest, an dem das ganze Volk, obwohl es sich nur um die Trauung des jüngsten, nach menschlicher Voraussicht nicht zur Thronfolge bestimmten Königssohnes handelte, den stärksten Anteil nahm. Mit der Schaulust der Engländer, mit ihrem Gefallen an prunkvollen Aufzügen allein ist diese Begeisterung, diese Ausdauer im Spalierbilden die ganze Nacht hindurch auf novemberkühler, regnerischer Straße bis in den Mittag hinein und

noch länger nicht zu erklären. Auch würden die englischen Blätter nicht schon wochenlang vorher ihre Leser mit den Hochzeitsvorbereitungen und hunderterlei Einzelheiten, die Marina, die jetzige Herzogin von Kent, angingen, unterhalten haben, wenn sie nicht gewußt hätten, daß sie damit dem starken Interesse der breiten Volksmassen, einem tatsächlich vorhandenen Volksempfinden entsprochen hätten. Und doch sind dies dieselben Massen, die schon zweimal im letzten Jahrzehnt der sozialistischen Arbeiterpartei die Regierungsmehrheit verschafft haben und aus denen heraus sich bei einzelnen Wahlen der letzten Zeit eine neue Neigung nach links gezeigt hat. Man kann an diesem Fall einmal wieder erkennen, daß die Leute, die in England ihre Stimme der Arbeiterpartei geben, mit unseren früheren Marxisten nicht ohne weiteres vergleichbar sind, wie ja auch die Arbeiterpartei selber, als ihre Vertreter in der Regierung saßen, die Monarchie unangetastet gelassen und sich jedes auf eine Beschneidung ihrer Rechte abzielenden Vorstoßes enthalten hat. Auch in der Wählerschaft wurde es nicht beanstandet, daß sich die Minister der Arbeiterpartei damals durchaus dem Hofzeremoniell unterwarfen. Aber all dies läßt nicht nur Schlüsse auf die Partei zu, sondern es beweist auch, daß in England die innere Verbundenheit zwischen dem Herrscherhaus und dem Volk nach wie vor sehr eng und daß auch die Mehrheit der englischen Arbeiter gut monarchisch gesinnt ist. #

Einreiseerschwerung ins Saargebiet.

Dieselben Bestimmungen auch für den französischen Grenzverkehr?

DNB **Saarbrücken**, 30. November.

Im Einvernehmen mit der Abstimmungskommission hat die Regierungskommission eine Verordnung bekanntgegeben, die besonders einschneidende Einreiseerschwerungen für die Zeit vom 27. Dezember bis 26. Januar enthält. Mit Ausnahme der Saarländer und der Abstimmungsberechtigten bedürfen für diesen Zeitraum alle Personen zur Einreise ins Saargebiet einer besonderen Genehmigung, die von der Abteilung des Innern erteilt und jederzeit widerrufen werden kann. Diese Einreisegenehmigung ist innerhalb 24 Stunden nach der Einreise der Ortspolizeibehörde vorzulegen. Sie berechtigt zu wiederholter Einreise in das Saargebiet innerhalb des in dem Genehmigungsvermerk bezeichneten Zeitraumes. Personen, denen die Genehmigung zum vorübergehenden Aufenthalt im Saargebiet erteilt ist, müssen diese Genehmigung vor dem 27. Dezember erneuern. Die erneuerte Genehmigung berechtigt sie zu wiederholter Ein- und Ausreise. Die Gebühr für die Einreisegenehmigung beträgt 20 Franc und kann in begründeten Fällen, insbesondere bei Bedürftigkeit der einreisenden Personen, falls ein dringlicher Anlaß zur Einreise vorliegt, erlassen werden. Für außerhalb des Saargebietes wohnhafte abstimmungsberechtigte Personen genügt zur Einreise der Abstimmungsausweis in Verbindung mit dem Einreisepaß. Die Polizeibehörden haben die erforderliche Kontrolle in der Eisenbahn und sonstigen Verkehrsmitteln, in Hotels und Gasthäusern und sonstigen derartigen Unterkunftsstätten vorzunehmen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 750 Franc oder mit entsprechender Haft bestraft. Die Verordnung tritt am 27. Dezember 1934 in Kraft.

★

Die neue Verordnung muß eine schwere Lähmung des Verkehrs des Saargebietes mit seinen Nachbarländern zur Folge haben. Es muß mit allem Ernst gefragt werden, ob es wirklich notwendig erscheint, bereits während der Weihnachtswoche einen derartigen Ausnahmezustand über das Saargebiet zu verhängen, und ob überhaupt eine Abschnürung des Saargebietes für eine so ausgedehnte Zeitspanne wirtschaftlich und psychologisch gerechtfertigt werden kann. Wenn die neue Verordnung, deren Mängel unbedingt ihre Redigierung erforderlich erscheinen lassen, überhaupt innerhalb der Bevölkerung einen günstigen Erfolg erzielen und nicht als letzter Willkürakt gegen die natürliche Verbundenheit zwischen dem Saargebiet und seinem Heimatlande Deutschland aufgefaßt werden soll, so muß erwartet werden, daß die neuen Maßnahmen mit gleicher Schärfe auch auf den Grenzverkehr mit Frankreich angewandt werden und daß das Erforderliche geschieht, um auch dort die notwendige, bisher völlig fehlende Ueberwachung sicherzustellen.

Um drei Monate verlängert.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen abgeschlossen.

(!) **Paris**, 30. November.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die vor zwei Wochen in Paris begonnen haben, sind am heutigen Freitag zum Abschluß gekommen. Das Wesentliche ist, daß die Verträge, die im Juli zur Regelung des deutsch-französischen Waren- und Zahlungsverkehrs und des Anleihedienstes in Berlin abgeschlossen wurden, nur um drei Monate verlängert werden, d. h. vom 1. Januar bis 31. März 1935. Die Berliner Abmachungen sind in einer Reihe von Punkten verbessert und erweitert worden.

Es ist ein deutsch-französischer ständiger Regierungsausschuß eingesetzt worden, der die Aufgabe hat, laufend alle Fragen zu verfolgen, zu besprechen und zu regeln, die sich aus der Entwicklung des Waren- und Zahlungsverkehrs zwischen den beiden Ländern ergeben.

Paraguay Sieger im Chaco-Krieg.

Das bolivianische Heer auf dem Rückzug.

£ **London**, 30. November.

Die Nachrichten aus Bolivien lassen noch kein klares Bild über den wirklichen Stand der Dinge erkennen. Reuter meldet aus Santiago de Chile, daß jetzt der Rücktritt des bolivianischen Präsidenten Salamanca auch amtlich bestätigt wird. Es hat den Anschein, als sei seine Gefangennahme durch Offiziere der eigenen Armee eine friedlich verlaufene Aktion gewesen, die wohl hauptsächlich den Zweck gehabt haben dürfte, Salamanca zum Rücktritt zu bewegen und einen von diesem geplanten Personalwechsel im militärischen Oberbefehl der bolivianischen Chaco-Streitkräfte zu verhindern. Von nichtamtlicher Seite wird erklärt, daß Salamanca mit einem Flugzeug nach Santa Cruz gebracht wird, wo er von einem Militärgericht abgeurteilt werden soll. Dem neuen bolivianischen Kabinett gehört auch der frühere Präsident von Bolivien, Saavedra, an, der s. Z. des Landes verwiesen worden war und sich gegenwärtig in Santiago aufhält.

Ueber die Lage in Bolivien herrscht vollkommene Unklarheit. Meldungen von der Front im Gran Chaco berichten, daß sich die bolivianischen Truppen am Donnerstag auf der ganzen Front des Chaco-Feldzuges in voller Auflösung auf dem Rückzug befänden. Der Oberbefehlshaber der paraguayischen Truppen, General Jose Estigarribia, dränge kräftig nach und befinde sich mit seinen Truppen im Vormarsch auf Cururenda und Orbigny, zwei kleinere Sperrforts am Pilcomayo-Fluß, wo die Bolivianer sich zu einer verzweifelten Gegenwehr sammelten. Diese Vorgänge sollen in Bolivien zu ernsten Unruhen geführt haben. Die Grenzen sind gesperrt und Nachrichten nicht zu erhalten.

Alle Meldungen aus Bolivien und Paraguay deuten darauf hin, daß die militärische Entscheidung im Chaco-Krieg gefallen ist. Die bereits im letzten Monat nur mühsam aufrechterhaltene Kampfkraft der Bolivianer erlitt durch die innerpolitischen Komplikationen in La Paz eine weitere Einbuße, so daß eine neu aufgenommene Offensive Paraguays nur einem schwachen Widerstand begegnete. Die Bolivianer befinden sich auf der gesamten Chaco-Front in einem ungeordneten Rückzuge und überlassen den Gegnern kampflos das mehrere Jahre lang unter ungeheuren Verlusten verteidigte Kampfgelände. Obwohl der neue bolivianische Präsident Tejada gestern abend ein Kabinett der starken Männer bildete, wird es für unwahrscheinlich gehalten, daß die Armee bereit ist, den Krieg fortzuführen.

Gut informierte Kreise in Washington erwarten ein schnelles Friedensangebot Boliviens. Ganz Paraguay befindet sich in einem wilden Siegestaumel. Die Bevölkerung von Assuncion feiert mit Sirenengeheul und Feuerwerk und nicht endenwollenden patriotischen Demonstrationen den Sieg und fordert die sofortige militärische Besetzung des gesamten strittigen Chaco-Gebietes.

Demnach ist also der Kampf in der „Grünen Hölle" zugunsten von Paraguay entschieden worden, bevor der Völkerbundsrat Gelegenheit hatte, zu dem Streit um die Oelquellen in dem Urwaldgebiet von Gran Chaco Stellung zu nehmen. In der nächsten Woche sollte die Aussprache über Bolivien—Paraguay beginnen, die jetzt wohl auf eine Friedensvermittlung hinauslaufen dürfte.

Knappe Mehrheit für das neue belgische Kabinett.

DNB **Brüssel**, 30. Nov.

Das Kabinett Theunis-Francqui hat gestern von der Kammer mit knapper Mehrheit das geforderte Vertrauensvotum erhalten. 93 Abgeordnete stimmten für, 83 gegen die Regierung, 5 Abgeordnete enthielten sich der Stimme, und sechs waren der Abstimmung ferngeblieben. Die Regierung hat mit diesem Vertrauensvotum auch die Sondervollmachten, die vom König dem vorhergehenden Kabinett Broqueville übertragen waren, übernommen.

Abschluß der Arbeiten der Saarausschüsse.

▲ **Rom**, 30. November.

Die Arbeiten des Dreierausschusses, des Finanzausschusses und der Sachverständigen in Rom haben im Laufe dieser Woche in jenen Fragen, die nicht auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet liegen, zu einem gewissen Abschluß geführt, sodaß nunmehr an die Formulierung des Textes gegangen werden kann. In den übrigen Fragen gehen die Bemühungen fort, die Grundlage zu einer Einigung zu finden.

Aegyptisches Parlament aufgelöst.

DNB **Kairo**, 30. November.

König Fuad von Aegypten erließ am heutigen Freitag ein Dekret, das die Verfassung außer Kraft setzt und das Parlament auflöst.

Bombenanschlag auf eine spanische Kirche.

DNB **Madrid**, 30. November.

In Torrevieja, in der Nähe von Alicante, explodierten im Eingang der dortigen Kirche drei Bomben, die beträchtlichen Schaden anrichteten. Von der Polizei wurden in diesem Zusammenhang neun berüchtigte Marxisten verhaftet. Die Tat geschah am Vorabend eines religiösen Festes, das zu Ehren des dortigen Schutzheiligen veranstaltet wird.

Unsoziale Betriebsführer verhaftet.

DNB **Dresden**, 30. Novbr.

Auf Veranlassung des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Sachsen wurden die Betriebsinhaber Hähnel und Göthel in Dresden wegen unsozialen Verhaltens in Schutzhaft genommen. Beide hatten ihre Pflichten als Betriebsführer gröblichst verletzt. Hähnel hatte die bei ihm beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder mit gemeinsten Schimpfworten belegt, seine Lehrlinge geschlagen und außerdem ein Gefolgschaftsmitglied mit dem Beil bedroht. Göthel hatte einen bei ihm beschäftigten schwerkriegsbeschädigten Volksgenossen in schwerster Weise beleidigt und tätlich angegriffen. Die beiden Festgenommenen sehen ihrer Bestrafung entgegen.

Neuer Taifun auf den Philippinen.

Millionenschaden angerichtet.

Manila, 30. November.

Ein verheerender Taifun raste mit einer Stundengeschwindigkeit von über 200 Kilometern über die südlichen Inseln der Philippinengruppe dahin und richtete auf seinem Weg ungeheure Verwüstungen und Verheerungen an.

Im Zentrum des Taifungebiets, das ein wenig nördlich von der Capizinsel gelegen ist, deckten die Taifunböen die Häuser ab und legten sie zum Teil vollständig in Trümmer. Springfluten überschwemmten an den Küsten der Katastrophengebiete weite Landstrecken, durchbrachen die Dämme und ergossen sich über weite Gebiete, ehe die Einwohner sich zu retten vermochten. Man befürchtet, daß dieser Taifun, der einer der furchtbarsten ist, die die Philippinen jemals heimgesucht haben, sehr viele Menschenopfer gefordert hat.

Der Taifun hat einen Sachschaden von mehreren Millionen Dollar verursacht. Auch ein Todesfall wird gemeldet. 17 Fischer, die sich während des Taifums auf See befanden, werden noch vermißt. Am schlimmsten wurde die Provinz Leyte betroffen, wo etwa 10000 Menschen obdachlos geworden sind.

Der bisherige stellvertretende Sekretär der englischen Arbeiterpartei, Middleton, ist als Nachfolger des zurückgetretenen Henderson zum Sekretär der Arbeiterpartei ernannt worden.

Der Führer und Reichskanzler empfing heute den deutschen Gesandten in Riga, von Schack, zum Vortrag.

Heute Samstag vormittag findet eine Kundgebung sämtlicher reichsdeutscher Hochschulen gegen die Vergewaltigung der deutschen Universität Prag statt. Die Kundgebung wird durch den Deutschlandsender von 11,30 bis 12 Uhr übertragen.

In Berlin wurde heute unter großer Beteiligung der verdienstvolle langjährige Leiter des Staats- und Domchors, Prof. Hugo Rüdel, beigesetzt. Generalintendant Tietjen sprach dabei im Namen des Ministerpräsidenten, der Staatsoper und des Hauses Wahnfried-Bayreuth.

Londoner Hoffnungen auf ein Rüstungskompromiß.

Wiederaufnahme der Besprechungen vom Frühjahr?

£ **London**, 30. November.

Obwohl die Aufmerksamkeit der Londoner Blätter in großem Maße durch die gestrige Hochzeitsfeier in Anspruch genommen ist, nehmen doch auch mehrere Blätter redaktionell zu der Rüstungsfrage Stellung. „News Chronicle" schreibt in einem Leitaufsatz, die Aeußerungen der deutschen Blätter zur Rüstungsfrage seien nicht gerade ermutigend, aber doch viel verheißungsvoller, als erwartet worden sei. Ein ausgezeichnet unterrichtetes Blatt glaube, Baldwins Rede sei ein Fühler in Richtung neu vorzubereitender Handlungen über die Abrüstungskonvention. „News Chronicle" sagt,

tatsächlich habe Baldwin davon gesprochen, daß vielleicht die Gelegenheit für einen ersten Schritt gekommen sei, um die Nationen wieder zusammenzubringen.

Wenn aber ein Schritt erfolgen solle, so sei es an der britischen Regierung den Weg zu weisen. Frankreich verlange nach wie vor Sicherheit und Deutschland Gleichberechtigung. Und keine andere europäische Macht außer England sei stark und unbeteiligt genug, um eine Versöhnung dieser Forderungen zu versuchen. Was Frankreich heutzutage als wirksame Garantie seiner Sicherheit betrachte, bleibe abzuwarten.

Der erste Schritt sollte darin bestehen, Deutschland zu fragen, ob es sich bereit erklären wolle, in den Rat der europäischen Mächte zurückzukehren, falls ihm die geforderte Gleichberechtigung gewährt werde.

Der diplomatische Berichterstatter der „News Chronicle" sagt, es sei mit großer Bestimmtheit auf eine wichtige internationale Folge der Unterhausdebatte zu rechnen. Einerseits habe Baldwin Deutschland ernstlicher Verstöße gegen die Abrüstungsklauseln des Versailler Vertrages beschuldigt. Infolgedessen werde es wahrscheinlich in der unmittelbaren Zukunft Besprechungen zwischen London und Paris geben. Das Ergebnis dieser Besprechungen müsse entweder eine Aufforderung an Deutschland sein, Halt zu machen oder einen neuen Versuch zur Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen zu unternehmen.

Es sei nicht ganz undenkbar, daß die Regierung den Mut finden werde, eine Wiederaufnahme der Besprechungen vom Frühjahr vorzuschlagen.

Vielleicht werde Frankreich britische Garantien jetzt weniger geringschätzig behandeln als im April, da es sich klar darüber sei, daß Deutschland in Richtung auf Gleichheit ohne internationale Kontrolle aufrüste. Großbritannien werde in derselben Erkenntnis vielleicht größere Bereitschaft zeigen, den Garantien Nachdruck zu geben.

Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost" führt aus, Baldwin habe an Deutschland die deutlichste Einladung zur Rückkehr in den Völkerbund gerichtet, die jemals seit Deutschlands Weggang von irgendeiner Regierung gemacht worden sei.

Diplomatische Kreise sähen mit Interesse der Antwort Hitlers entgegen. Wenn Deutschland nach Genf zurückkehrte, würde der der Weg für eine Erörterung der Rüstungsprobleme auf einer viel realistischeren Grundlage als vor einem Jahr frei sein.

Unfruchtbares Gerede darüber, ob Deutschland seine Vertragsverpflichtungen erfüllt habe oder nicht, würde vermieden werden, und die Parteien würden auf dem Fuß der Gleichberechtigung in dem Wunsch zusammentreten, zum beiderseitigen Vorteil eine Konvention abzuschließen. Dies sei auf jeden Fall, wie verlaute, die jetzige Meinung der britischen Regierung. Ob Frankreich die Sache in demselben Licht betrachten werde, sei allerdings die Frage. Die jetzige französische Regierung sei zwar viel weniger zu einem hartnäckigen Beharren auf ihren Vertragsrechten entschlossen wie ihre Vorgängerin, aber sie sei der Meinung, daß Deutschland, nachdem es die Zusammenkunft gesprengt habe, den ersten Schritt tun sollte. Die Schwierigkeit werde sein, diesen Gesichtspunkt — der in erheblichem Maße von der britischen Regierung geteilt werde — mit Hitlers ausgesprochenem Entschluß zu versöhnen, nicht nach Genf zurückzukehren, bevor praktische Rüstungsgleichheit bewilligt sei.

Da aber Deutschland jetzt auf dem Wege zu dieser praktischen Gleichheit sei, werde vielleicht die juristische Anerkennung dieser Tatsache nicht so bedeutsam für Deutschlands Ansehen sein; deshalb bestehe Aussicht darauf, daß ein Kompromiß möglich sein werde.

Der Berliner Vertreter der „Times" spricht von einer gewissen nervösen Spannung in Berlin, der nach der Unterhausaussprache zweifellos ein Gefühl der Erleichterung gefolgt sei, wenn auch nicht erwartet werden könne, daß die deutschen Aeußerungen der Bitterkeit entbehren würden. Nach deutscher Auffassung habe Simons Genfer Rede vom Sommer 1933 den Weg zur Verwirklichung der versprochenen Gleichberechtigung versperrt und Deutschlands Fortgang von Genf erzwungen. Trotzdem hätten die Verhandlungen fortgesetzt werden können, wenn nicht Frankreich alles in Stücke geschlagen hätte. Die Erbitterung über die zurücksetzende Behandlung, die in Deutschland herrsche, sei zweifellos eines der gefährlichsten Elemente in der jetzigen europäischen Lage.

Französische Pressestimmen.

(!) **Paris**, 30. November.

Der Widerhall der englischen Unterhausaussprache über Deutschland und den deutschen Rüstungsstand verdichtet sich hier zu der Frage,

ob man vor einer deutsch-französischen bezw. einer allgemeinen Aussprache über die Legalisierung der deutschen Rüstungsansprüche in Verbindung mit einer Rückkehr Deutschlands nach Genf stehe.

Die Erklärungen Baldwins und Simons werden weiterhin in dem Sinne ausgelegt, daß England die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit solcher Verhandlungen habe andeuten wollen. Am besten läßt sich der Eindruck an den Warnungen des oppositionellen „Echo de Paris" erkennen, man sei also wieder beim Stande der Aussprache vom Januar, bei dem Versuch eines englischen Einvernehmens angelangt, das sich in der englischen Denkschrift vom 4. Januar und in der deutschen Erklärung vom 16. Februar abzeichnete. Mit diesem Versuch habe die französische Note vom 17. April aufgeräumt. Wenn sich Laval nicht genau an den Wortlaut der französischen Note vom 17. April halte, dann könne die französische Politik wer weiß wohin kommen.

„Le Jour" wehrt sich gegen eine deutsche Fühlungnahme nur mit ehemaligen Frontkämpfern. — Der „Excelsior" schreibt, wenn die deutsche Regierung aufrichtig sei in ihrem Wunsch nach Ausgleich und internationaler Zusammenarbeit, dann werde es immer noch Zeit sein, diese Aufrichtigkeit an Hand der Bürgschaften zu ermessen, die sie den „mit Recht über die beschleunigten deutschen Rüstungen beunruhigten Mächte" geben werde.

Gewiß werde die französische Regierung Deutschland in dem Versuch einer unmittelbaren Aussprache und gerechter vernünftiger Aussöhnung nicht entmutigen, aber die früheren Enttäuschungen geböten Frankreich größte Vorsicht.

Es wäre auch zwecklos zu hoffen, daß Frankreich sich damit abfinden könnte, auch nur ein Tüpfelchen von seiner Sicherheit oder der seiner alten oder neuen Freunde zu opfern. Laval, so kündigt das Blatt an, habe den gestrigen Tag dazu benutzt, um mit seinen Mitarbeitern die aktenmäßigen Unterlagen über die internationalen Verhandlungen zu ergänzen und seine Antwort auf die Fragen vorzubereiten, die ihm sicher bei der Beratung des Haushaltes des Auswärtigen gestellt werden würden.

Wie man „sparsame Wirtschaftsführung" veranlaßte.

Garagenmieten für die Rundfunkgewaltigen.

Berlin, 30. November.

Zu Beginn der Freitagverhandlung im großen Rundfunkprozeß gab die Verteidigung eine Erklärung ab, wonach die Trennungszuschüsse, die für die Beamten gezahlt würden, nach den gesetzlichen Bestimmungen mindestens ebenso hoch seien wie die beim Rundfunk gezahlten Zuschüsse.

Der Vorsitzende versuchte zu klären, warum man bei der Tantiemenberechnung für Knöpfke damals nicht mehr die Handelsbilanz, sondern die Steuerbilanz als Grundlage genommen habe, wodurch höhere Summen für Knöpfke herausgekommen seien.

Der Angeklagte Dr. Bredow erklärte dazu, als 1925 Magnus den Vorsitz im Aufsichtsrat der Funkstunde übernommen habe, und der Vertrag Knöpfkes geändert worden sei, habe sich Knöpfke bei ihm, Bredow, beklagt, daß er dadurch erheblich geschädigt werde. Knöpfke habe sogar davon gesprochen, daß er „übers Ohr gehauen" worden sei. Da man damals nicht auf die Mitarbeit Knöpfkes verzichten wollte, habe man einen Ausweg gesucht und gefunden. Selbst bei der neuen Berechnung habe man Knöpfke mindestens 150 000 bis 200 000 Mark weniger gezahlt als entsprechend der alten Berechnungsart mit Gewinnbeteiligung.

Dr. Magnus ergänzte die Ausführungen Bredows dahin, daß durch diese Neuregelung Knöpfke zur sparsamen Wirtschaftsführung veranlaßt werden sollte. Die neue Tantiemenberechnung sollte ihn veranlassen, möglichst viel im Betriebe der Funkstunde zu sparen, denn nur auf diese Weise hätten die Ueberschüsse in der Reichsrundfunkgesellschaft so hoch werden können, daß die danach berechneten Tantiemen für Knöpfke lohnend waren.

Der Vorsitzende ging weiter auf die Zuschüsse ein, die dem Angeklagten Flesch für Garagenmiete gewährt worden waren. Flesch hatte von der Funkstunde einen Kraftwagen zur Verfügung gestellt bekommen, der in einer Garage seiner Villa untergestellt war; dafür erhielt er monatlich 100 Mark Miete. Knöpfke und der andere Direktor der Funkstunde, Wagner, bekamen diese 100 Mark Garagenmiete gleichfalls bezahlt. Außerdem wohnte in der Flesch'schen Villa noch der Kraftwagenführer, der von der Funkstunde angestellt war und für zwei Zimmer mit sämtlichem Zubehör (einschließlich Licht, Wasser, Gas und Heizung) zuerst 75 Mark, später 55 Mark an Flesch zu zahlen hatte. Durch die Zuschüsse und Mietzahlungen senkte sich die Flesch'sche Miete von ursprünglich 1000 Mark auf 600 Mark. Da alle diese Zuschüsse auch nach der Gehaltskürzung und Mietsenkung bestehen blieben, hat Flesch in Wirklichkeit einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz seines Gehaltes für Mieten ausgegeben.

Im Anschluß an die Vernehmung von Flesch über diesen Punkt wurde als Zeuge das frühere Vorstandsmitglied der Funkstunde, Wagner, vernommen. Der Zeuge ist jetzt Leiter der Propagandaabteilung der Reichsrundfunkgesellschaft und ist seinerzeit, als Flesch nach Berlin kam, aus der Funkstunde ausgeschieden. Damals hatte Wagner die „Funkhilfe" gegründet, die einen Störungsdienst einrichtete. Die Frage des Vorsitzenden, ob Wagner bei der Funkstunde einen Wagen zur Verfügung hatte, bejahte der Zeuge. Er habe in einem Haus in Schlachtensee eine Garage einbauen lassen, für die er monatlich 100 Mark Miete erhielt, Knöpfke habe den gleichen Betrag bekommen.

Stadt Bocholt.

Samstag, den 1. Dezember 1934.

Herbstwinter.

Dichte Nebel ziehen über Straßen und Felder. Rauhreif liegt über dem Wald. Bunte Blätter fallen leise hernieder, rot und gelb und bilden am Boden einen bunten Teppich mit einer Unterlage von weichem grünem Moos. Bald sind die letzten Blätter gefallen und die Buchen und Eichen stehen kahl. An den Gräsern hängen Tautropfen wie Kristalle und Perlen. Hoch und schlank reckt sich die Tanne zum Himmel, geschmückt mit seinen dunkelgrünen Nadeln. Sie ist nun der schönste Baum im Walde. Der Tannenbaum ist ein Symbol des Kreuzes unseres Herrn und Heilandes Jesu Christi. Der Stamm ist der Kreuzesstamm, die starken unteren Zweige die Kreuzesbalken. Und die Spitze ist eine wunderschöne Krone in Kreuzesform, bedeckt mit feinen Nadeln, die Dornenkrone des göttlichen Herrn. Deshalb ist die Tanne als Christbaum bekannt und als Weihnachtsbaum in deutschen Landen sehr beliebt. Ein leiser Wind weht durch den Wald. Sonnenstrahlen brechen durch die Aeste der Bäume. Die Nebel zerteilen sich, alles glitzert im spärlichen Sonnenschein. Ein Eichhörnchen springt von Baum zu Baum. Unten in Laub und Moos findet es noch einige Buchenkerne, Haselnüsse und Kastanien. Es wird alles versteckt für den Winter. Ein Hase springt erschreckt aus seinem Lager quer über den Weg und sucht das Weite. Eine Schaar Krähen fliegt über den Wald. Oben in den Wipfeln der Bäume sucht sie ihr Nachtlager. Im Westen leuchtet flammend und rot und golden das Abendrot des hl. Nikolaus und Christkindleins Backstube für die Weihnachtszeit auf.

Frau Wilhelmine Schwinning.

Dynamo vom Fahrrad gestohlen.

§ Von einem Fahrrad, das vor dem Krankenhaus untergestellt war, wurde der Dynamo gestohlen. Da dieses in letzter Zeit wiederholt geschehen ist, seien die Radfahrer aufmerksam gemacht.

Die Arbeitskollegin bestohlen.

§ In einer hiesigen Fabrik hat eine Arbeiterin einer Kollegin eine Strickweste gestohlen. Die Weste wurde bei einer Haussuchung in der Wohnung der Diebin gefunden und beschlagnahmt.

Betriebsunfall.

§ In einer hiesigen Spinnerei geriet ein 24jähriger Arbeiter aus der Burggrafenstraße mit der rechten Hand in eine Maschine und zog sich erhebliche Verletzungen zu. U. a. wurde der kleine Finger vollständig abgerissen. Der Verunglückte wurde dem Krankenhause zugeführt.

Brieftaubenausstellung.

§ Wir haben wiederholt in letzter Zeit über Brieftaubenausstellungen berichtet. Am heutigen Samstag und morgigen Sonntag findet abermals eine derartige Ausstellung statt, und zwar veranstaltet der Brieftaubenverein „Eilbote" eine Ausstellung im Restaurant „Zur Glocke". Hier ist den Freunden dieses Sports abermals Gelegenheit gegeben, sich erstklassiges Material anzuschauen.

„Schulte Blaum".

Am morgigen Sonntag wird das große plattdeutsche Theaterstück nochmals über die Bretter der Bühne im Arbeiterheim St. Paulus gehen. Bisher hatte das Stück, das auf einen überaus heiteren übermütigen Ton abgestimmt ist, großen Erfolg und der dürfte auch am Sonntag treu bleiben.

Steuerkarte und Bürgersteuer.

Wichtig für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

a. Die Zustellung der für das Kalenderjahr 1935 gültigen Steuerkarten mit Anforderung der Bürgersteuer 1935 wird vom 10. Dezember ab erfolgen. Jeder Arbeitnehmer, sofern er am 10 Oktober 1934 in Bocholt gewohnt hat, erhält eine Steuerkarte. Mit der Aushändigung der Steuerkarten gilt nach § 17 Abs. 3 der Verordnung zur Durchführung des Bürgersteuergesetzes vom 17. Oktober 1934 die Anforderung der Bürgersteuer als bewirkt. Einer Zustellung oder Zusendung im verschlossenen Brief bedarf es nicht. Falls Steuerpflichtige eine verschlossene Zustellung der Steuerkarte für 1935 wünschen, sind entsprechende Anträge bis spätestens zum 4. Dezember an die Steuerabteilung der Stadt Bocholt zu richten. Gemäß dem Runderlaß des Reichsministers der Finanzen vom 6. Oktober 1932 würde in diesen Fällen die Steuerkarte in einem verschlossenen Briefe als portopflichtige Dienstsache (falls der Antragsteller nicht selbst Porto beigefügt hat) dem Steuerpflichtigen übersandt werden.

Eine Steuerkarte erhält jeder im öffentlichen oder privaten Dienst stehender Arbeitnehmer (mit Ausnahme der Lehrlinge und Hausangestellten unter 18 Jahren) gleichgültig, ob zur Zeit ein Arbeitsverhältnis besteht oder nicht. Arbeitnehmern, denen bis zum 17. Dezember eine Steuerkarte für 1935 nicht zugestellt ist, können die Steuerkarte von diesem Tage ab während der Vormittagsdienststunden auf der Steuerabteilung abholen. Dort werden auch Berichtigungen auf Steuerkarten vorgenommen, wobei ganz besonders darauf hingewiesen wird, daß erstmalig für 1935 für alle minderjährigen Kinder (also auch für Kinder zwischen 18 und 21 Jahren mit eigenem Einkommen) Kinderermäßigungen gewährt werden. Es ist deshalb erforderlich, die Steuerkarte vor Weitergabe an den Arbeitgeber oder an die auszahlende Kasse bezüglich der Eintragungen genau zu prüfen und erst weiterzugeben, wenn sie in Ordnung befunden ist.

Den Arbeitgebern wird empfohlen, die Steuerkarten von ihren Arbeitnehmern so rechtzeitig anzufordern, daß der Lohnabzug für 1935 rechtzeitig geregelt werden kann. Es wird schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß die Steuerabteilung ab 10. Dezember sich Nr. 2 des Verwaltungsgebäudes befindet. (Eingang von der Gartenstraße aus über den Innenhof.)

Versammlung der weiblichen und männlichen Landjugend in Borken.

× Am Donnerstag, dem 6. Dezember 1934, findet in Borken im Lichtspielhaus Osper nachmittags 3 Uhr eine Kreisversammlung aller Jungbäuerinnen, Jungbauern und Junggärtner statt. In dieser Versammlung wird der Landesschulungsleiter des Reichsnährstandes bei der Landesbauernschaft Westfalen, Pg. Jan Blankemeyer, einen hochinteressanten Vortrag halten. Zu dieser Versammlung wird hierdurch freundlichst eingeladen. Der gesamten Landjugend wird die Teilnahme zur Pflicht gemacht.

Der Kreisbauernführer: gez. Bösing.
Der Leiter der männlichen Landjugend:
gez. Rölfing-Bösing.
Die Leiterin der weiblichen Landjugend:
gez. Elly Geuting.

Auf dem Wege zu Volksgemeinschaft.

Was die NSV bisher geleistet hat.

§ Bocholt, 1. Dezember.

Nachfolgend geben wir einen Ueberblick über das, was die NSV. für den Kreis Borken-Bocholt innerhalb des Winterhilfswerkes 1934/35 bisher geleistet hat. Da ist zunächst von Interesse, daß von den 90 000 Einwohnern des Stadtkreises Bocholt und des Landkreises Borken 17 000 unterstützt worden sind. Im Monat Oktober wurden

4793 Zentner Kohlen,

die einen Wert von 8644,80 ℳ repräsentieren, an Bedürftige ausgegeben. Diese Kohlenausgabe soll auch weiterhin jeden Monat erfolgen. Da noch zahlreiche Anträge auf Zuweisung von Kohlen zu erledigen sind, wird sich die Kohlenausgabe in den nächsten Monaten voraussichtlich noch erhöhen.

An Gemüsekonserven

gingen 1000 Dosen zu je 500 Gramm ein. Ferner wurden 4966 Kilo Frischobst durch die Mitglieder der NS Frauenschaft zu Marmelade gekocht. 3077 Dosen Obstkonserven zu 1000 bezw. 500 Gramm werden Weihnachten an die Bedürftigen ausgegeben werden.

11 200 Zentner Kartoffeln

wurden von den Landwirten im Oktober gespendet. Von dieser Menge erhielten die Ortsgruppen zunächst das wieder, was sie für ihre eigenen Bedürftigen benötigten, das sind im ganzen etwa 3700 Zentner. Der Stadt Bocholt konnten rund 4500 Zentner zur Verfügung gestellt werden. Außerdem erhielt der Patenkreis des Kreises Bocholt-Borken, der Landkreis Recklinghausen, 10 Waggons Kartoffeln à 300 Zentner = 3000 Zentner. Besonders sei noch bemerkt, daß die Zuweisungsscheine für Kartoffeln den Bedürftigen ins Haus gebracht worden sind, so daß die Leute nicht anzustehen brauchten.

716 Zentner Roggen

wurden gespendet. Der Roggen liegt noch in den Mühlen; er wird in nächster Zeit vermahlen und verbacken.

Auch die Brockensammlung

hat einen schönen Erfolg gehabt, wobei zu bedenken ist, daß z. B. in der Stadt Bocholt schon seit einigen Jahren diese Sammlung durchgeführt wird, also immerhin der alte Hausrat nicht mehr haufenweise auf dem Dachboden oder sonstwo aufgestapelt war, wie das in früheren Jahren der Fall war.

Das Hilfswerk „Mutter und Kind"

ist noch im Gange. Aber aus den bisherigen Ergebnissen ist zu schließen, daß auch dieses Hilfswerk von Erfolg gekrönt sein wird. Schon jetzt kann mitgeteilt werden, daß nicht weniger als 170 Betten zur Verfügung gestellt worden sind, die sofort an die Bedürftigen weiter gegeben worden sind, so daß der Satz „Jedem Kind sein eigenes Bett" verwirklicht werden konnte. Ferner konnten 3000 Familien mit Säuglingswäsche bedacht werden. Dazu wurden

12 664 Milchkarten à ¼ Liter

ausgegeben. 61 Mütter wurden vier bis sechs Wochen zur Erholung geschickt sei es nach Berlin, Brilon, Lippspringe, Eilsen usw. Schließlich werden noch Beratungsstunden laufend für das Hilfswerk „Mutter und Kind" abgehalten.

Alles in allem: ein Teilergebnis im Kampf gegen Hunger und Kälte, das sich wirklich sehen lassen darf und daß alle die mit Genugtuung erfüllen wird, die selbst ihr Scherflein zum großen Werk beigesteuert haben. Nicht zuletzt aber werden diejenigen, die bisher mit Spenden irgendwelcher Art bedacht worden sind oder in Zukunft noch bedacht werden, erkennen, daß die wirkliche Volksgemeinschaft, die gerade in Zeiten der Not sich bewähren muß, auf dem besten Wege ist, verwirklicht zu werden.

Laß die Anwartschaft nicht verfallen!

Wer den Anspruch auf spätere Leistungen der Angestelltenversicherung nicht gefährden oder verlieren will, muß die Anwartschaftsbestimmungen beachten. —

Alle in der Angestelltenversicherung erworbenen Anwartschaften gelten als bis zum 31. Dezember 1925 erhalten und zwar auch dann, wenn bis dahin für einzelne Jahre kein Beitrag oder nur wenige Beiträge entrichtet sind. Vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1933 ist die Anwartschaft erhalten, wenn der Versicherte für das 2. bis 11. Kalenderjahr seiner Versicherung mindestens je 8 und vom 12. Kalenderjahr an mindestens 4 Beitragsmonate jährlich nachweist. Für die Zeit vom 1. Januar 1934 an ist die Anwartschaft erhalten, wenn nach dem Schluß des Kalenderjahres, in dem der erste Beitrag entrichtet worden ist, bis zum Beginn des Kalenderjahres, in dem der Versicherungsfall eintritt, jährlich mindestens 6 Beitragsmonate zurückgelegt sind.

Als Beitragsmonate für die Erhaltung der Anwartschaft gelten auch sogenannte Ersatzzeiten. Solche sind z. B. Zeiten seit dem 1. April 1933, für die der Versicherte als Arbeitsloser versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung erhalten hat oder aus der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden ist, oder Zeiten seit dem 1. April 1933, für die für den arbeitslosen Versicherten, der selbst keine Unterstützung erhält, ein Zuschlag zur Unterstützung eines anderen Arbeitslosen oder Hilfsbedürftigen gewährt worden ist.

Der Versicherte tut gut daran, wenn er bis zum Schluß jeden Jahres dafür sorgt, daß den Anwartschaftsbestimmungen Rechnung getragen ist, denn die Anwartschaft erlischt zunächst, wenn die erforderlichen Anwartschaftsmonate nicht vorhanden sind.

Die erloschene Anwartschaft lebt allerdings wieder auf, wenn der Versicherte die zur Erhaltung der Anwartschaft noch erforderlichen freiwilligen Beiträge innerhalb der zwei Kalenderjahre nachentrichtet, die dem Kalenderjahr der Fälligkeit der Beiträge folgen. Für ein Jahr zurück können freiwillige Beiträge für jeden Monat entrichtet werden.

Der Versicherte kann also bis zum 31. Dezember 1934
a) für jeden Monat des Jahres 1934 freiwillige Beiträge entrichten,
b) etwa noch fehlende Anwartschaftsbeiträge für 1932 nachentrichten.

Die Nachentrichtung fehlender Anwartschaftsbeiträge für 1933 ist noch bis zum 31. Dezember 1935 zulässig. Es ist indes nicht ratsam, die Entrichtung freiwilliger Beiträge bis zum letzten zulässigen Zeitpunkt hinauszuschieben, da nach Eintritt des Versicherungsfalles freiwillige Beiträge nicht mehr entrichtet werden dürfen.

Freiwillige Beiträge zur Angestelltenversicherung sind in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse zu entrichten. Wer kein Einkommen oder nur ein Monatseinkommen bis zu 50 ℳ hat, muß die freiwilligen Beiträge mindestens in der Gehaltsklasse B zahlen. Unter Einkommen ist das tatsächliche Gesamteinkommen zu verstehen.

Senkung der Kartoffelpreise.

Eine amtliche Anordnung.

a. Die Oberpräsidenten von Rheinland und Westfalen haben im Auftrage des Reichspreiskommissars folgende Anordnung erlassen:

Auf Grund von Verhandlungen mit dem Reichspreiskommissar hat der Reichsernährungsminister für die Zeit bis 15. 12. den Einstandspreis für gelbfleischige Industriekartoffeln um 50 Pfg. je Zentner gesenkt. Um dieses Entgegenkommen des Reichsnährstandes für verbilligte Bezugsmöglichkeit von Winter-Kartoffeln voll auszunutzen, ist für die gleiche Zeit die Handelsspanne gesenkt worden. Demgemäß werden für die gesamte Rheinprovinz und Westfalen zunächst bis 15. 12. folgende Preise festgelegt:

Verbraucherpreis bei Zentnerbezug	= 3,50 ℳ
Ladenpreis bei Bezug von 10 Pfund	= 0,38 ℳ
Ladenpreis bei Bezug von einzelnen Pfunden	= 0,04 ℳ

Für nachweislich vom Oberland stammende verlesene Speisekartoffeln — sogenannte Oberländer — darf Qualitätszuschlag von 10% genommen werden.

Die Anordnungen sind auf Grund eingehender Verhandlungen mit dem zuständigen Gebietsbeauftragten für die Regelung des Absatzes von Kartoffeln für Rheinland und Westfalen erfolgt.

Vor Errichtung einer Verkaufsstelle

ist die Genehmigung einzuholen.

h) Es ist in letzter Zeit vielfach die Beobachtung gemacht worden, daß Einzelhandelsverkaufsstellen errichtet worden sind, ohne daß die gemäß den Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels hierzu erforderliche Genehmigung vorher eingeholt worden ist. Die Tragweite der mit dieser Unterlassung mittelbar oder unmittelbar verbundenen Folgen wird dabei in den meisten dieser Fälle nicht oder erst dann erkannt, wenn die Polizei mit der Schließung der Verkaufsstelle droht. Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel zu Duisburg-Ruhrort macht daher im eigensten Interesse aller derjenigen, die eine Einzelhandelsverkaufsstelle zu errichten beabsichtigen, auf die gesetzliche Verpflichtung aufmerksam vorher bei der Ortspolizeibehörde die erforderliche Genehmigung einzuholen. Diejenigen, die diese Vorschriften außer Acht lassen, laufen Gefahr, daß sie nicht nur die Kosten für die Errichtung der Verkaufsstelle aufs Spiel setzen, sondern auch die sich aus der Nichterfüllung von Mietverpflichtungen ergebenden Folgen zu tragen haben. Es kann daher nicht dringend genug auf diese Vorschriften hingewiesen und empfohlen werden, rechtzeitig vorher die Genehmigung einzuholen. Auch die Erweiterung oder Verlegung einer Verkaufsstelle bedarf der Genehmigung.

Auch für Beamte kein Zwang zum Zeitungsbezug.

In einem Rundschreiben des Stellvertretenden Beamtenführers, Stabsleiters Reusch, an die Gliederungen des Reichsbundes deutscher Beamten heißt es:

Nach einer Zuschrift der Reichsleitung der NSDAP, Reichsleiter für die Presse, wird stellenweise von Amtswaltern des Reichsbundes der deutschen Beamten auf die Beamtenschaft ein starker Druck zum Bezug bestimmter Tageszeitungen ausgeübt. Ein derartiges Vorgehen ist durch die Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer vom 13. Dezember 1933 sowie durch die Verfügungen des Stellvertreters des Führers vom selben Tag und vom 10. Januar 1934 verboten und wird mit Ausschluß aus der Partei bedroht.

In der Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer lautet die entscheidende Stelle: „Eine Verpflichtung zum Bezug bestimmter Zeitungen ist nicht zulässig, besonders nicht durch Anordnungen oder Befehle. Ebensowenig darf eine Kontrolle über den Bezug bestimmter Zeitungen ausgeübt werden."

Der Stellvertreter des Führers verfügte seinerzeit unter anderem: „Alle Parteigenossen, gleichgültig, in welchen politischen oder wie immer gearteten Organisationen sie tätig sind, sind verpflichtet, dieser über Fragen des Pressewesens ergangenen Anordnung innerhalb ihres Arbeitsbereichs nachzukommen. Ich ersuche daher, jede Tätigkeit in der vorstehend angegebenen Richtung zu unterlassen."

An alle Zivilrentenempfänger!

Am Montag ist Versammlung.

— Die Mitgliedersperre in der Deutschen Arbeitsfront und somit auch in der Deutschen Arbeitsopferversorgung als deren Unterabteilung ist aufgehoben. Die Deutsche Arbeitsopferversorgung kämpft für die Ehrenstellung der Opfer der Arbeit in der deutschen Volksgemeinschaft und hat es sich zur Aufgabe gemacht, sämtliche Arbeitsopfer in ihren Angelegenheiten zu beraten und zu betreuen. Unser Ziel kann nur dann restlos erreicht werden, wenn sich alle einreihen in das Heer der aufbauwilligen und staatsbejahenden deutschen Volksgenossen. — Welche Aufgaben die Deutsche Arbeitsopferversorgung zu erfüllen hat? Wie die Rentenversorgung in Deutschland in der Zukunft aussieht? Und welche Aussicht auf eine Besserung der Lebensgestaltung der Arbeitsopfer vorhanden ist? Wie die verbilligte Kohlenversorgung gedacht ist? Ueber diese Fragen wird am 3. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Vereinshaus St. Paulus in Bocholt Auskunft erteilt. Zu der Versammlung ladet die Deutsche Arbeitsopferversorgung, Landesgeschäftsstelle Westfalen, ein.

w **Förderung des Feuerlöschwesens.** Durch großzügige Zuwendungen des Verbandes Oeffentlicher Feuerversicherungsanstalten und des Reichsverbandes der Privatversicherungen ist die Bildung einer Stiftung Preußische Feuerlöschkasse ermöglicht worden, durch die dem preußischen Minister des Innern beträchtliche Mittel für den Ausbau der Feuerwehrschulen und der vorbeugenden Brandschau in Preußen zur Verfügung gestellt worden sind. Minister Dr. Frick hat aus diesem Anlaß den genannten beiden Versicherungsverbänden in einem besonderen Schreiben seinen Dank und seine Anerkennung ausgesprochen.

w **Sonntagskarten zu Maria Empfängnis.** Da der katholische Feiertag Maria Empfängnis in diesem Jahr auf einen Samstag fällt, gelten bei Sonntagsrückfahrkarten schon ab Freitag, den 7. Dezember, 12 Uhr, bis Montag, den 10. Dezember, 12 Uhr.

Kirchliches.

Gründung einer Singgemeinde in der Pfarrei St. Georg.

Um den Gottesdienst feierlicher zu gestalten und um die Teilnahme der Gläubigen mehr zu fördern, soll eine Singgemeinde gebildet werden, zu der jedes Mitglied der Gemeinde gehören kann. Besondere gesangliche Begabung ist nicht erforderlich. Tausend Anmeldungen von solchen, die der Sache Interesse entgegenbringen, sind mir lieber als hundert. — Was soll nun diese Singgemeinde? Sie soll in engster Fühlungnahme mit dem Kirchenchor mitwirken zur festlichen Gestaltung unserer Hochämter und Andachten. Die Gesänge des Kirchenchores sollen den Angehörigen der Singgemeinde zum besseren Verständnis erklärt werden. Zur Einführung noch nicht gesungener Lieder unseres Gesangbuches soll die Singgemeinde mitwirken durch vorheriges Proben der Lieder. Sie soll mithelfen, daß das Singen der Lieder nach der neuen Ausgabe unsers Gesangbuches durchgeführt wird. Allmählich wollen wir auch dazu kommen, mit Hilfe der Singgemeinde das Volkshochamt einzuführen usw. Um nun einen Ueberblick zu haben über die Beteiligung an der Singgemeinde, möchte ich alle, die bereit sind, bitten, ihren Namen und die Wohnung in eine Liste, die im Turm ausgelegt ist, einzutragen. Wir dienen der Sache um so mehr, je eher und zahlreicher die Eintragungen erfolgen. Die Einladung zur ersten Probe wird dann später erfolgen. Zur näheren Aussprache bin ich gern bereit.

Lehmköster, Kaplan.

„Bunter Abend" in Rhede.

Am morgigen Sonntag, abends 8 Uhr.

Die Vorbereitungen für den am morgigen Sonntag im Hengstermannschen Saale stattfindenden „Bunten Abend", dessen gesamter Erlös bekanntlich der Rheder Winterhilfe zufließt, sind im vollsten Gange. Dem Wunsch des Rheder Publikums, für wenig Geld etwas wirklich Gutes sehen und hören zu wollen, wird in jeder Weise Rechnung getragen werden.

Das überaus reichliche Programm, das ausschließlich von Mitwirkenden aus Bocholt bestritten wird, wird jedem etwas bieten. Die bunte Folge der Darbietungen, vor allem auch das erstaunliche Tempo, werden die Stunden zu Minuten werden lassen.

Als Musik hat sich das gesamte HJ-Orchester aus Bocholt (Leitung: W. Spiekermann) zur Verfügung gestellt. Wer kennt nicht Fritz Giesen und Albert van Ykelen, die beiden ausgezeichneten Sänger? Werner Blomesath wird mit Xylophon-Solis aufwarten, die allgemeinen Anklang finden. Das gleiche gilt von Franz Tenbrock, der mit seinen neuen Couplets nicht enttäuschen wird. Otto Franke wird — vorausgesetzt daß die Erkältung vorüber ist — erneut den Beweis liefern, daß er ein Rezitator „von Format" ist. Theo Ostendorf hat mit seinem strahlenden Tenor stets Bombenerfolg aufzuweisen, während Johann Döing (infolge einer starken Erkältung) diesmal als Akkordeon-Virtuose Kunstproben ablegt. Johann Onnebrink als bester Komiker weit und breit ist zu bekannt, als daß man noch weitere Worte des Lobes über ihn verlieren könnte. Für Freunde des Gesanges wird der Quartettverein Bocholt unter der Leitung von Oberlehrer Spickermann neue Proben seines Könnens ablegen. Die Begleitung der Solisten am Klavier haben Herbert Quoos und Johann Döing übernommen. Die Leitung des Abends liegt in Händen von Heinz Staudt, der auch als Ansager auftritt.

Wie bereits bekannt sein dürfte, beträgt der Eintrittspreis pro Person 50 ₰. Alles in allem: Ein Programm, das sich in jeder Weise sehen und hören lassen kann und dessen Besuch sich bestimmt lohnen wird. Wir sind deshalb der festen Ueberzeugung, daß die Volksgenossen aus Rhede und Umgegend recht zahlreich erscheinen werden.

Hauptschriftleiter: und verantwortlich für Politik: Dr. Georg Heider, Münster i. W.; für Münster und das Münsterland: i. V.: Dr. Georg Heider, Münster i. W.; für Westdeutschland: Otto Heins Tebbe; für Feuilleton: Peter Schlaun; für Handel u. Sport: Dr. A. Henkel, sämtlich in Dortmund, Berliner Redaktion: Dr. Ernst Häfner, Berlin-Lichterfelde. Für den Zeno-Anzeigenteil: Verlagsleiter Dr. Erich Altmeppen, Münster i. W.
Druck: Zeno GmbH., Münster i. W.
Verantwortlich für den örtlichen Textteil: Heinrich Schmitt, Bocholt; für den örtlichen Anzeigenteil: Jos. van Gelder, Bocholt. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt, Realschulstraße 14.
D.-A. X. 34: 6100.
Zeno-Zeitung insgesamt: 40987
enthaltend: Ahlener Volkszeitung, Nachrichtenblatt für die Kreise Beckum und Lüdinghausen, Ahlen: 3125; — Allgemeine Zeitung für die Kreise Coesfeld u. Ahaus (Billerbecker Zeitung, Coesfelder Zeitung, Vredener Anzeiger, Stadtlohner Volksblatt), Coesfeld: 5372; Borkener Zeitung Borken: 3100; — Bürgerblatt für den Niederrhein und Reeser Tageblatt, Emmerich: 1814; — Dülmener Zeitung, Amtliches Kreisblatt für den Kreis Coesfeld, Dülmen: 1789; — Halterner Zeitung, Haltern: 1669; — Kreiszeitung für den Kreis Ahaus (Gronauer Volkszeitung, Eper Volksblatt) Ahaus: 3160; — Münsterländische Volkszeitung (Rheiner Volksblatt) Rheine: 3888; — Emsländische Tageszeitung (Lingener Tageszeitung, Papenburg-Aschendorfer Zeitung), Rheine: 1713; — Neuer Emsbote für Kreis Warendorf u. Amt Telgte (Warendorfer Kreisblatt), Warendorf: 2464; — Tageblatt für den Kreis Steinfurt (Ochtruper Anzeiger, Wettringer Anzeiger, Metelener Zeitung, Neuenkirchener Zeitung), Ochtrup: 1680; — Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken, Bocholt: 6100; — Volksblatt für Wesel und den Kreis Rees, Wesel: 981; — Volkszeitung und Nachrichten für Emsdetten, Burgsteinfurt, Nordwalde, Borghorst, Greven, Emsdetten: 2276; — Volkszeitung für Dorsten und Herr-lichkeit, Dorsten: 2006.

Schluß des redaktionellen Teils.

Tagesanzeiger

Versammlungen, Vereine, Veranstaltungen.

Preis je Millimeter textspaltig 10 Pfg.

Jungfrauen-Kongregation St. Georg.
Die Teilnehmerinnen am Einkehrtag bringen das Diözesangesangbuch mit. Eßbesteck und Butterbrot zum Frühstück und 1,— RM. 8 Uhr beginnt die hl. Messe mit gem. hl. Kommunion. (9256

Turnverein Bocholt von 1867.
Am Sonntagabend, 2. 12. 1934, 8,15 Uhr (pünktlich) findet unsere erste Wintervers ammlung im Restaurant Knoop, Osterstraße, statt. Wichtig für jedes Mitglied, daher vollzähliges Erscheinen erforderlich. (9258

Phönix Sportplatz Barloer Str.
Sonntag nachm. 2,30 Uhr
Sportklub 1 — Phönix 1.

Herren-Mäntel und Herren-Anzüge

müssen so beschaffen sein, daß sie allen Strapazen gewachsen sind u. Sie immer elegant darin aussehen.
Wintermäntel von Hermann Pottmeyer sind so beschaffen.
Zuverlässig und dabei doch elegant. Molligwarm doch nicht beschwerlich.
Vergleichen Sie bitte und prüfen Sie, dann werden auch Sie unser zufriedener Kunde.

9247a

Unsere Hauptpreislagen sind: **28.– 38.– 48.– 58.– 68.– 78.–**

Unsere Herren-Loden-Mäntel
sind seit Jahren auf Haltbarkeit und Wasserdichtigkeit geprüft und haben sich als solide, gründliche, deutsche Wertarbeit bewährt
12.50 19.75 29.50 39.50

Hermann Pottmeyer
BOCHOLT · HORST · WESSEL-PLATZ

Unsere Winter-Loden-Joppen
sind so, wie sie sein müssen:
Strapazierfähig bis zum äußersten, teils mit warmem Futter verarbeitet und **und bekannt billig.**
6.90 9.75 16.75 19.75

Wir bieten an

Strümpfe — die sich aus der Masse durch Preiswürdigkeit herausstellen —
Strümpfe — die durch vorzügliche Qualität sofort ins Auge fallen —
Strümpfe — von denen man auf Vorrat kaufen muß —

Damen-Strümple künstliche Waschseide, moderne Farben . . . . . Paar **0.55**

Damen-Strümple Mattkunstseide, eleg. Ausführung Paar **0.75**

Damen-Strümple Mattkunstseide mit Florsohle, Sohle und Spitze 4 fach . . Paar 1.45 **1.25**

Damen-Strümple sehr feine Mattkunstseide mit Zehen- u. Winkelschutz Paar 1.95 **1.68**

Damen-Strümple Bemberg-Luxus, ein hochwertiger eleg. Gesellschaftsstrumpf . Paar **2.45**

Damen-Strümple Kunstseide plattiert, besonders strapazierfähig, . Paar 1.25 0.95 **0.68**

Damen-Strümple Flor mit Kunstseide, teilweise mit Mattkunsts. platt., Paar 2.15 1.70 **1.40**

Damen-Strümple feine Kaschmir-Qualitäten, reine Wolle, ... Paar 2.10 1.95 **1.75**

Damen-Strümple beste reinwollene Kaschmir-Qual. Paar 3.25 2.85 **2.25**

Damen-Strümple Wolle mit Kunstseide, die beliebt. Winterstrümpfe . Paar 2.80 2.25 **1.95**

Kinder-Strümple reinwollene Qualitäten, Größe 1, Paar 1.05 0.98 **0.78**

Herren-Socken farbig, neue ruhige Herbstfarben, Paar 0.82 0.75 **0.50**

Herren-Socken aus feiner Kunstseide, mit Wolle plattiert . . . Paar 1.85 1.45 **0.95**

Herren-Socken reine Wolle, regulär gestrickt, Paar 1.58 1.10 **0.75**

Wwe. Aug. Meyer
Horst-Wessel-Platz 4
(9250g

Arbeiter-wohnhaus zu mieten evtl. später zu kauf. gesucht. (1808b Auskunft beim Volksblatt.

2 fast neue eiserne (1271b **Bettstellen** mit Auflege matratzen sow. ein **Kachelofen** zu verkaufen. Auskunft beim Volksblatt

2 sehr gut erh. **Herren-Fahrräder** umständehalb. billigst abzug. **Römerstr. 31.**

Schönes schwarzbuntes **Rind** Januar ausgetragen, billig zu verkaufen. **Bernh. Ruenhorst** Vardingholt 36

Schluß der Anzeigen-Annahme f. die Sonntags-Ausgabe spätestens heute 10 Uhr vormittags.



Ulster-Paletots moderne graue Farben ganz gefüttert **34.- 32.- 28.-**

Ulster-Paletots schnittige Formen aparte neue Farben **42.- 38.- 35.-**

Winter-Ulster vollweit geschnitten gute tragfähige Stoffe **48.- 43.- 37.50**

Ulster-Paletots besonders solide Qualitäten, auch für starke Herren vorrätig **52.- 48.- 44.-**

Winter-Ulster sehr gute Stoffe besond. eleg. Verarbtg. **58.- 54.- 49.-**

Ulster-Paletots beste Qualitäten, beste Verarbeitg, eleg. Form. **65.- 58.- 54.-**

Winter-Ulster für höchste Ansprüche hochmoderne, großkar. Stoffe **72.- 65.- 59.-**

Jünglingsmäntel schnittig verarbeitet moderne Farben **32.- 26.- 19.50**

Haus Fisser zeigt in diesen Angeboten einmal eine Tatsache von grundsätzlicher Bedeutung für alle Käufer: Es wird hier nämlich augenscheinlich und greifbar die Ansicht widerlegt, daß ein guter, molliger und vorbildlicher Wintermantel teuer sein müsse. Folglich ist es das richtigste, Sie kaufen **den Wintermantel gleich bei**

J. B. FISSER
Westmünsterlands größtes Spezialhaus für Herren- und Knabenkleidung.
[9248i

Geschäfts-Eröffnung

92630

Nach erfolgtem Umbau bringe ich mein **bedeutend vergrößertes Geschäft** in empfehlende Erinnerung. Ich führe weiterhin u. a.:

Dürrkopp- u. Wanderer-Fahrräder, Vesta- und Dürrkopp-Nähmaschinen, Miele-Waschmaschinen sowie Leiterwagen, Spielwagen, Kinderfahrräder, Roller, Panther-Kinderwagen sow. sämtl. Zubehörteile

In meiner Werkstatt werden **sämtliche Reparaturen fachmännisch, schnell und billig** ausgeführt.

Heinr. Rose
Bocholt, Nobelstraße 20

1 gut erhaltener]1272b **Dauerbrenner** zu kaufen gesucht. Auskunft in der Bocholter und Rheder Geschäftsstelle.

Habe einen neuwertigen **Kutschwagen** mit verdecktem Fahrersitz zu verkaufen. (1785b **Bernhard Grütter, Lankern.**

Reklame bringt Erfolg!

Helfen bereitet *Freude*



zu Spenden
helfen allen bedürftigen Volksgenossen

Mantel- u. Kleiderstoffe

kaufen Sie gut und billig bei größter Auswahl im *Spezialhaus*

92490

Wilhelm *Kuisinkveld*
BOCHOLT · NORDSTR. 41

Kräusel-Bouclé 140 cm breit, für d. elegan- ten Mantel p. Mtr. 9.80 u. **7.40**

Marengo-Bouclé 140 cm breit per Meter 5.90 4.90 u. **2.95**

Mantelstoffe, engl. gem. 140 cm breit p. Mtr. 6.80 5.40 **3.90**

Kleiderstoffe reine Wolle, in schön. Uni- farben, p. Mtr. 3.75 2.65 1.95 u. **1.35**

Schotten neue Musterungen, per Meter 3.45 2.55 1.95 **0.88**

30000 katholische Frauen im Dom zu Köln.

Kardinal Schulte gegen neues Heidentum.

× **Köln**, 30. November.

Eine ergreifende Feierstunde und eine überwältigende Glaubenskundgebung ganz eigener Art erlebte man gestern im Kölner Dom, in dem sich 30 000 katholische Frauen aus der Erzdiözese Köln eingefunden hatten, um öffentlich Zeugnis abzulegen für ihren Glauben. Tausende Frauen, die von weither gekommen waren, fanden keinen Einlaß mehr und wohnten der Feier an und vor den Domportalen bei.

Kardinal Dr. Schulte,

der auch das feierliche Pontifikalamt zelebrierte, wandte sich in einer begeisternden Ansprache an die Frauen und Mütter.

Wie ich jetzt eure gewaltigen Scharen hier im Hohen Dom überschaue, so begann er, muß ich zunächst Gott dem Herrn aus tiefstem Herzen danken. Von Gott selber kommt ja der heilige Eifer, der zum gemeinsamen Bekenntnis eurer christlichen und kirchlichen Treue, einer Treue bis in den Tod, euch heute nach hier geführt hat. Die Liebe zum Heiland und seiner heiligen katholischen und apostolischen Kirche hat euch gedrängt, an dieser Bekenntnisfeier teilzunehmen und nicht dabei zu fehlen. Erst recht nicht dabei zu fehlen in dieser Gegenwart, da ihr Tag für Tag vernehmt und unmittelbar erfahrt, wie ein neues Heidentum inmitten unseres Volkes in Wort und Schrift die christliche Religion als unvereinbar mit der deutschen Eigenart hinstellt.

Immer offener sind in letzter Zeit die Vorkämpfer eines heidnischen Deutschtums mit ihrem anfangs verhüllten Programm und Plan hervorgetreten, den Leuchter des christlichen Glaubens aus unserem Volk und Vaterland zu entfernen. Sie wollen alle Lebensgebiete, auch die des Ehe- und Familienlebens, besonders aber der Jugenderziehung, mit ihren heidnischen Ideen durchtränken, wollen den Königsthron Christi umstürzen und ihre mehr als fragwürdige Weisheit, eine Weisheit, die alle Erfahrung und Geschichte gegen sich hat, will darüber befinden, was noch allenfalls von der christlichen Religion beim deutschen, beim nordischen Menschen geduldet werden kann.

Kein Wunder, daß bei dieser Entwicklung der Dinge das gesamte christliche deutsche Volk hellhörig wurde. Nun weiß es Bescheid, nun ist es ihm vollkommen klar, daß wir immer und wo immer man von einer neuen deutschen arteigenen Religion spricht und für die Religion der nordischen Rasse und des nordischen Blutes Anhang gewinnen will, der Rückfall ins Heidentum gemeint ist, und der Abfall von Christus und Christentum.

Aber wie überaus tröstlich ist das, daß in dieser religiösen Gefahrenzeit alle christlich Gesinnten, auch die kirchlich von uns getrennten gläubigen Christen geradezu wetteifern, der Oeffentlichkeit

zu zeigen, daß immer noch das Christentum die wahre Seele des deutschen Volkstums ist und es auch bleiben soll!

Nicht zuletzt sind es Deutschlands Katholiken, die, einmütig um ihre Bischöfe und Seelsorger geschart, in der Abwehr der Angriffe auf ihr heiligstes Erbgut, eine Unbeirrbarkeit und Standhaftigkeit offenbaren, daß man sagen kann, unsere gegenwärtigen Tage sind nicht nur eine sorgvollschwere, sondern auch eine tröstlich-gnadenvolle Zeit. Eine Zeit der Prüfung, Läuterung, Erneuerung im Leben aus dem Glauben.

Euch in erster Linie obliegt die Verantwortung und Sorge für jenes christliche Erbgut, das dem ganzen deutschen Volke und jedem wahren Freund des Volkes über alles teuer sein muß, es ist die christliche Familie.

Der christlichen Familie verdankt Deutschland das ruhmvollste in einer mehr als tausendjährigen Vergangenheit.

Von der Familie geht jede Volksgemeinschaft aus, und je nach dem wie die Familie sittlich-religiös beschaffen ist, kommt Segen oder Unheil über das Volk im ganzen.

In dieser heiligen Bekenntnisstunde möchte ich daher euch insgesamt und jedem einzelnen von euch das Wort zurufen, mit dem einst bei der Erweckung des Lazarus in Bethanien Martha ihre Schwester Maria rief: „Der Meister ist da und ruft dich". Hier zur Bewahrung, dort zur Wiederherstellung christlichen Familienlebens ruft er euch auf. O, daß ihr alle ausnahmslos mit Freuden bereitwillig auf die Einladung des Herrn antworten möchtet: „Siehe, hier bin ich, sende mich."

Nur bedenket, liebe katholische Frauen! Wer im Sinne des Meisters, des Heilandes an der Heiligung der Familie mitarbeiten will, wer heute der neuheidnischen Verweltlichung des ehelichen und häuslichen Lebens entgegenarbeiten will, der muß zuvor selber ein reiner, guter Mensch, ein ganzer Christ, ein lauterer katholischer Charakter geworden sein. Echt christliches Familienglück gedeiht und hat Bestand nur dort, wo die gottesfürchtige und kluge Frau waltet, wo die sinnige und zugleich starkmütige Hausfrau, Gattin und Mutter das milde Zepter führt.

Darum, katholische Frauen, betrachtet immer wieder gern das Bild „der wackeren Frau" oder „des starken Weibes", das die Heilige Schrift im „Buche der Sprüche" nach Eingebung des Heiligen Geistes, zwar unter einer anderen Sonne und unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen, aber doch für die Frauen aller Zonen und Zeiten so farbenfrisch nach der Wirklichkeit gezeichnet hat.

Kardinal Dr. Schulte wies noch einmal hin auf Bedeutung der für Volk und Vaterland unersetzlichen christlichen Familie, und schloß dann mit den Worten: Mögen immerhin heute beklagenswerte verschiedene Zweige am Baume der deutschen Volksgemeinschaft auf heidnisches Erdreich hinüberhängen, die Wurzel der deutschen Volksgemeinschaft, die Familie, muß in dem heiligen Mutterboden der christlichen Religion eingepflanzt bleiben.

Als am Schluß des heiligen Amtes das Christ-Königs-Lied erklang, da hoben sich alle Hände zum Schwur: „Christus, mein König! Bis in den Tod die Treue!" Und während die Hallen des Domes sich langsam leerten, stieg der Lobgesang der Christenheit jubelnd vom freien Domplatz zum Himmel: „Großer Gott, wir loben dich!"

Abschaffung der Lebensmittelkarten in der Sowjetunion.

Allerlei Preisexperimente.

DNB **Moskau**, 30. November.

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, die vom 25. bis 28. November unter dem Vorsitz Stalins tagt, beschloß die Abschaffung des Systems der Lebensmittelkarten für verschiedene Nahrungsmittel. Die Aufhebung tritt am 1. Januar 1933 in Kraft und betrifft die wichtigsten rationierten Konsumartikel, nämlich Brot, Mehl und Grütze. Sie bedeutet jedoch noch nicht die völlige Beseitigung des Rationierungssystems, das für einige andere Konsumartikel bestehen bleibt.

Die Regierung will Festpreise für Brot festsetzen, die denen auf dem freien Markt gleich sind. Am Donnerstag wurde die Rede des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Molotow, über die Abschaffung der Lebensmittelkarten veröffentlicht. Danach hat Molotow darauf hingewiesen, daß das Kartensystem im Jahre 1928 in der Sowjetunion eingeführt worden sei. Etwa 50 Millionen Menschen hätten ihr Brot auf Karten bezogen.

Die Kartenverteilung habe einen großen Beamtenapparat notwendig gemacht, der annähernd 40 Millionen Rubel koste. Auf jeden Kartenbezieher seien etwa 5 bis 8 Rubel Unkosten entfallen.

Jetzt sei, da die Bauernwirtschaft im kollektiven Sinne aufgebaut sei, die Abschaffung der Lebensmittelkarten möglich geworden. Der private Handel, der im Jahre 1928 noch einen Anteil von 22 v. H. an der Brotversorgung der Bevölkerung gehabt habe, sei jetzt völlig ausgeschaltet. Zur Verhinderung von erheblichen Schwierigkeiten sei das ganze Gebiet der Sowjetunion in acht Bezirke aufgeteilt. Für jeden dieser Bezirke sei der Brotpreis festgelegt worden. Im ersten Bezirk koste das Schwarzbrot je Kilogramm 80 Kopeken, das Weißbrot 90 Kopeken. Im zweiten Bezirk seien die entsprechenden Preise 90 Kopeken bezw. ein Rubel, im dritten Bezirk (Moskau) ein Rubel bezw. 1,10 Rubel, im achten Bezirk (Ferner Osten) 1,30 bezw. 1,40 Rubel, auf Kamtschatka 1,50 bezw. 1,60 Rubel. In den einzelnen Bezirken würden die Löhne und Gehälter der Höhe der Brotpreise entsprechend gestaffelt werden.

Die verschiedene Preisfestsetzung begründet Molotow damit, daß man die Entwicklung der Brotversorgung nach der Abschaffung der Lebensmittelkarten „studieren" wolle.

Von großer Bedeutung für die Vorbereitung zur Aufhebung des Kartensystems war die Entwicklung des Warenumschlags und die Vergrößerung des Handels. Die Zahl der staatlichen genossenschaftlichen Läden und Verkaufsstände, die im Jahre 1928 123 000 betrug, ist gegenwärtig auf 283 000 gestiegen. Hierbei ging der Privathandel rasch den Weg der Liquidierung und ist nahezu verschwunden. Besondere Bedeutung für die Vorbereitung zur Aufhebung des Kartensystems hat die Entwicklung des Kommerzhandels, der bereits ein Viertel des allgemeinen Warenumsatzes ausmacht, und die Zunahme des Kollektivwirtschaftshandels. Molotow stellt die große Bedeutung des in diesem Sommer gegründeten Volkskommissariats für Innenhandel fest, dessen Rolle in bezug auf die staatliche Regelung des Handels und im Zusammenhang mit der Aufhebung des Kartensystems bedeutend wachse.

Felix Timmermans in der Reichsjugendführung.

Berlin, 30. November.

Im Auftrage des erkrankten Obergebietsführers Nabersberg begrüßte gestern der Auslandspressereferent der Jugendführung des Deutschen Reiches, Herbert Curtius, den flämischen Dichter Felix Timmermans, in der Reichsjugendführung. Er führte u. a. aus: Die Abteilung Ausland freue sich, daß der Dichter von jenseits der Grenze ein so reges Interesse an der Jugend des Dritten Reiches nehme, habe sie sich doch von jeher bemüht, gute Verbindung mit der Jugend anderer Völker aufrechtzuerhalten und die Träger des Geisteslebens im Auslande mit ihr vertraut zu machen. Im ersten Jahre seit der Machtübernahme habe die Reichsjugendführung an dem Aufbau der Hitlerjugendorganisationen gearbeitet. Nun habe sie sich der Schulungsarbeit zugewendet, und jetzt könne sie auch im Bewußtsein ihres eigenen völkischen Besitzes ihre Blicke nach jenseits der Grenzen wenden, um zu erwägen, was das fremde Volkstum an Geistesgütern entfalte. Dabei wisse die Jugend immer Echtes von Unechtem zu unterscheiden. Und gerade die deutsche Jugend begrüße Felix Timmermans, und gerade die deutsche Jugend habe den Weg gefunden zu der aus dem Volke herausgewachsenen Kunst. Die deutsche Jugend begrüße Felix Timmermans so herzlich, weil er für sie der Inbegriff der flämischen Bodenständigkeit und ein Sprecher des dem deutschen blutsverwandten flämischen Volkes sei. Im Namen des Leiters der Abteilung Ausland dankte der Auslandspressereferent dem Dichter zum Schlusse nochmals für die schönen Stunden, die er durch sein Hiersein den Vertretern der Reichsjugendführung schenkte.

Der Rektor der Prager deutschen Universität bleibt im Amt.

DNB **Prag**, 30. November.

In der gestrigen Sitzung des akademischen Senats der Prager deutschen Universität vom 29. 11. erklärte der Rektor Grosser, daß er auf Grund der zahlreichen Beweise des Vertrauens aus allen sudetendeutschen Kreisen auf seinem am Mittwoch bekanntgegebenen Rücktritt nicht beharren wolle.

Der Senat nahm diese Erklärung mit großem Beifall zur Kenntnis. Der Rektor erklärte weiter, Ministerpräsident Malypetr habe ihm zugesichert, daß die tschechische Regierung für einen würdigen Ersatz der Universitätskleinodien aus deutschen Künstlerhänden sorgen wolle.

Ehescheidung im Hause Bourbon?

(!) **Paris**, 30. November.

Es scheint, daß die bürgerlichen Ehen, die von königlichen Prinzen eingegangen werden, unter einem Unstern stehen. Vor ein paar Tagen wurde bekannt, daß sich ein dänischer Prinz von seiner bürgerlichen Gattin, der Tochter eines kanadischen Multimillionärs, scheiden lassen werde. Jetzt melden die Blätter, daß auch die Ehe des ehemaligen Kronprinzen von Spanien vor der zivilamtlichen Auflösung stehe.

Diese Eheaffäre des Prinzen von Asturien — das ist die offizielle Bezeichnung für die spanischen Kronprinzen — bildet das Tagesgespräch der sogenannten mondänen Salons, genau so wie seinerzeit der Prinz alle Klatschmäuler in Bewegung setzte, als er vor einem Jahr das kubanische Fräulein Edelmira Sampedro-Ocejo gegen den Willen seines Vaters heiratete. Die Ansichten waren damals geteilt. Die einen fanden es rührend und romantisch, daß ein leibhaftiger Prinz aus ältestem europäischen Geschlecht ein einfaches Fräulein Sampedro ehelichte, die andern nahmen Anstoß daran, daß sogar ein Bourbone eine Mesalliance einging. Einig war man sich immerhin darin, daß die Sache eine Liebesheirat war, und das versöhnte schließlich die Gemüter, wenn auch Exkönig Alfons, der damals schon zwei Jahre im Exil lebte, bis jetzt nicht dazu zu bewegen war, seinen Segen dem jungen Paar zu geben.

Ganz genau weiß man nicht, was den Scheidungsgrund abgeben soll, sofern überhaupt eine Scheidung in Betracht kommt, denn der Prinz ist bekanntlich ebenso wie seine Frau katholisch, und man hat zunächst noch keine Gewißheit, daß beide sich über die Grundsätze ihrer Kirche hinwegsetzen werden. Als sehr wahrscheinlich gilt, daß die bekannte Krankheit des spanischen Prinzen die Ursache dafür ist, daß der Prinz, der sich seit seiner Heirat Graf Covadonga nennt, von seiner Gattin verlassen worden und sie mit ihren Eltern nach Kuba abgereist ist. Der spanische Thronfolger leidet ja, wie alle Welt weiß, an jener furchtbaren Bluterkrankheit, die trotz mancher sensationeller Mitteilungen aus der Welt der Wissenschaft wohl auch heute noch als unheilbar gelten muß. Ob die Gerichte die Krankheit des Prinzen als Scheidungsgrund anerkennen werden, ist eine Frage für sich. Die Kubanerin wird sich kaum darauf berufen können, daß sie die Krankheit ihres Mannes vor der Heirat nicht gekannt hat.

Der Prinz von Asturien hat noch zwei Brüder, von denen der eine, Prinz Juan in der englischen Marine dient, und augenblicklich auch unter den Gästen des englischen Königspaares während der „Marine-Woche" zu sehen ist. Man will wissen, daß alle drei Königssöhne schwer krank sind. Der zweite Sohn des Königs Alfons, Prinz Jakob, ist taub, und der eben erwähnte Prinz Juan soll das gleiche furchtbare Leiden geerbt haben wie sein ältester Bruder.

Vorspiel zur Apfelwerbewoche.



In der ersten Woche des Dezember findet eine Apfelwerbewoche statt, die allen Deutschen die Bedeutung der diesjährigen Apfelrekordernte nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für unsere eigene Gesundheit vor Augen führen soll. Gewissermaßen als Auftakt dazu wurde in Berlin eine Obstschau der Landesbauernschaft Kurmark eröffnet, die die Vielseitigkeit und Schmackhaftigkeit der deutschen Obstsorten deutlich erkennen läßt.

Feuergefecht beim Raub von Heiligenbildern.

$ **Mexiko-Stadt**, 29. Novbr.

Wie die „Prensa" aus Duixtla (Chiapas) meldet, versuchten am vergangenen Sonntag Vertrauensleute des Gouverneus des Staates Chiapas Heiligenbilder aus den Kirchen zu entfernen und zu verbrennen. Die Bevölkerung versuchte, dies zu verhindern. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem vier Personen getötet und 17 Personen schwer verletzt wurden. Unter den Toten befindet sich ein Kind.

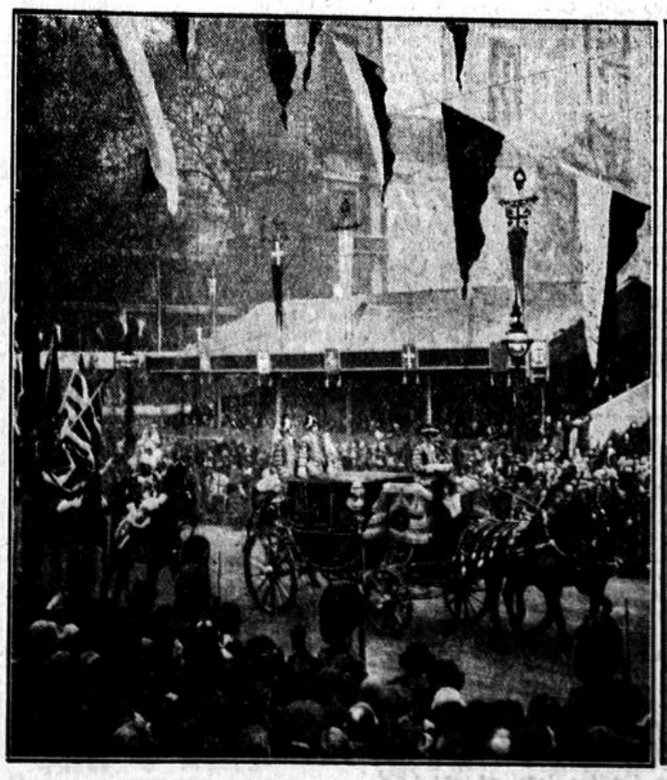
Wetterbericht.

:: **Essen**, 30. November.

Vorhersage für Samstag: Schwache, an Stärke langsam zunehmende Winde südlicher Richtungen, nach vielfach heiterer Nacht morgens noch Nebel, tagsüber leicht bewölkt und ziemlich mild, nachts wieder stärkerer Temperaturrückgang.

Vorhersage für Sonntag: Auffrischende südliche bis südwestliche Winde, zunehmende Bewölkung, vereinzelt Niederschläge, wieder milder.

Wie Marina Herzogin von Kent wurde.





Das Bild links zeigt die Staatskarosse mit dem Brautpaar auf dem Rückweg von der Kirche zum Schloß. Im Hintergrund ragen die Türme der ehrwürdigen Westminster-Abtei auf. Nach den beiden Trauungen nach anglikanischem und griechisch-katholischem Ritus fand im Buckingham-Palast ein Frühstück statt. Bei dieser Gelegenheit trat das Brautpaar, wie das Bild rechts zeigt, auf den Balkon des Schlosses und dankte der nach Hunderttausenden zählenden Menge für ihre Beifallskundgebungen. Rechts neben dem Prinzen sieht man die Königin Mary und links von der Braut (etwas im Hintergrund) König Georg von England.

Etwas für alle.

Dezember. Des Jahres letzter Monat ist gekommen. Nur wenige Wochen noch, und wir können wieder einmal ein ganzes Jahr hinter uns abschließen. Viel freudiges Rot hat der Kalendermann über die letzten Blätter des Kalenders gegossen — reich an Feiertagen sind wir in diesem Jahr, diesmal wird uns garnichts abgeknappst! Nachdem wir in Ruhe und Behagen unsern vierten Adventssonntag gefeiert haben, können wir am Montag den Heiligen Abend so schön und friedlich begehen, wie es uns nur irgend möglich ist; dann kommen zwei Feiertage, und dann hat die Woche nur noch drei Arbeitstage, bis schon wieder Sonntag, Silvester und Neujahr kommen. Kaum einer ist, der Weihnachten nicht feiert, der nicht hineingezogen wird in dieses wundersame Wissen um eine Macht, die größer ist als alles andere, der Liebe, der niemand sich entwinden kann. Wacht nicht in den Einsamen die Zärtlichkeit auf? Gehen sie nicht in diesen Adventswochen suchend umher, wo sie ein Menschenkind finden, das arm und verlassen ist und dem sie ein wenig warmes Gefühl, ein wenig Freude spenden können? Eine materielle Zeit hat das Weihnachtsfest etwas allzu sehr zu einem Fest der Geschenke herabgewürdigt, das Aeußere war fast schon die Hauptsache geworden — man meinte, nur dann ein schönes Weihnachtsfest begehen zu können, wenn man tief in seinen Beutel greifen konnte; aber niemals zu irgendeiner Jahreszeit wird uns so bewußt, daß es garnicht auf das Aeußere ankommt, wie gerade Weihnachten. Man kann im kerzenschimmernden Saal bitterlich frieren, kann sich hinwegsehnen mit allen Fasern seines Herzens — und in dem traulichen Stübchen, in dem nur ein paar Kerzen brennen, kann die wahre Weihnachtsstimmung sein. Auf der Stufenleiter der vier Adventssonntage steigen wir langsam zu der strahlenden Weihnacht hinan, bald hören wir die Weihnachtsbotschaft klingen: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Und darum grüßen wir ihn besonders, den letzten, unsern geliebtesten Monat im Jahr.

*

Langeweile? Wirklich, ich hörte im Vorübergehen, wie einer sagte: „Wenn du Langeweile hast ..." Welcher Rat da gegeben wurde, hat nichts auf sich; wichtig ist nur, daß die Möglichkeit der Langeweile vorausgesetzt wurde. Im Weiterschreiten erstanden mir Bilder aus der Vergangenheit. In einem Gebirgswinkel, abgeschnitten von der Welt, lebten ganze Generationen von Bauern, Tagelöhnern, die ein Häuschen, einen Garten, ein Feld ihr eigen nannten, Waldarbeiter und Handwerker, die jahraus, jahrein nicht aus dem engen Tal hinauskamen. Von den Dingen, die sich in der Welt draußen begaben, erfuhr man hier so gut wie nichts und kümmerte sich auch nicht um sie. Und doch habe ich dort keinen von Langeweile sprechen hören, denn sie waren früh mit dem Hahnenschrei beim Tagwerk und ohne Unterlaß bei der Arbeit, bis sie müde ins Bett fielen. Hielten sie einmal eine Ruhestunde, so wußten sie sich mit ihr sehr gut abzufinden, ohne daß sie auf den Gedanken gekommen wären, das sei eine leere Stunde. Nun hörte ich das Wort von der Langeweile mitten im lauten Getriebe der Stadt. Dann müßte also dieses ganze bunte Gewimmel im Grunde viel weniger inhaltsreich sein als das stille, ganz einfache Leben? Dann galt also die ganze Bewegtheit nichts? Sie ließ in denen, die mitten darin waren, das Gefühl der Leere aufkommen, des Unausgefülltseins? Lag das nun an den Dingen oder an den Menschen oder an beiden? Ich sah mich um, und es gab soviel zu schauen, das meine Aufmerksamkeit mit Recht in Anspruch nahm. Auf Schritt und Tritt tauchten Fragen vor mir auf, die Antwort verlangten. Aber ich kam im Grunde garnicht dazu, mir diese Antwort richtig zu geben. Und wieder tauchte ich mit meinen Gedanken in die Vergangenheit zurück. Dort im abgelegenen Bergtal hatte ich so manchen gesehen, der am Sonntagmorgen eine Hecke beschnitt, eine Ranke befestigte. Die Pflichten der Wochentage hatten ihn dazu nicht kommen lassen; vielleicht sah er auch die Mängel erst, als ihn der Sonntag anders gestimmt hatte. Was dort im kleinen, im engsten Kreise war und galt und richtig war, kann wohl im großen Kreise nicht falsch sein.

Das Plaidoyer für Brüning.

Rechtsanwalt Klefisch über den Erziehungsgedanken im Strafmaß.

× **Köln**, 30. November.

Am Donnerstag nahm im Prozeß gegen Bankdirektor Dr. Brüning der Verteidiger, Rechtsanwalt Klefisch das Wort. Im Gegensatz zu dem Anklagevertreter vertrat die Verteidigung den Standpunkt, daß der Anlaß und der Zweck, der zu sämtlichen strafwürdigen Handlungen geführt habe, keinen Zweifel darüber ließen, daß sie alle derartig ineinander verkettet und verwoben seien, daß sie nur auf einen Gesamtvorsatz des Täters zurückgeführt werden könnten, daß also bei der Frage der Strafbemessung vor allem die Frage nach dem Gesamtvorsatz unbedingt zu bejahen und demgemäß zu berücksichtigen sei. Die Schuldfrage streifte er dabei nur kurz, da ja der Angeklagte schon zu Beginn der Verhandlung seine Verfehlungen im großen und ganzen eingestanden und auch im weiteren Verlauf immer wieder zugegeben habe.

Zur Straffrage sagte Rechtsanwalt Klefisch, es handle sich um einen außerordentlichen Fall aus der Korruption einer vergangenen Epoche. Die Frage laute, ob das Strafmaß den Angeklagten vernichten solle, oder ob man ihm die Möglichkeit der Resozialisierung belasse? Der Staatsanwalt fordere die Höchststrafe, ein derartiger Antrag sei noch nie bei einem Vermögensdelikt gestellt worden, er sei in der gesamten Praxis noch nicht dagewesen. Wenn man diesem Antrag entsprechen wollte, würde das die absolute Vernichtung des Angeklagten bedeuten. Dagegen kämpfe er an, er bettele nicht dabei um Gnade, aber er fordere eine angemessene Strafe, das sei seine Pflicht als Verteidiger, das rechtfertige aber auch das Gesicht des Täters und die Tat selbst.

Die Erfahrung lehre, wie leicht man bei einem Wechsel der Verhältnisse von einem Extrem in das andre falle. Man müsse sich auf der mittleren Linie halten, dann erreiche man auch die Angemessenheit der Strafe. Der Marxismus habe von der Kollektivschuld der Gesellschaft gesprochen, er wollte Sühne und Vergeltungscharakter der Strafe nicht mehr bestehen lassen. Die Folge sei eine Zersetzung, der Zerfall des Strafrechts gewesen. Der Nationalsozialismus habe uns allen die Augen geöffnet, daß der Staat kein leerer Begriff sei. So sei der totale Staat geschaffen worden, der alle Lebensinhalte erfassen wolle, vor allem aber die Rechtspflege. Deshalb sei auch mit dem Humanitätsdusel aufgeräumt worden mit der übergroßen Rücksichtnahme auf den Täter. Aber so sei es nicht, daß man den Erziehungsgedanken im Strafmaß über Bord geworfen habe, die Uebersteigerung der Strafe erziehe niemand.

Der Schuldgedanke sei im neuen Strafrecht besonders vertieft, und die Strafe bleibe das Mittel der Erziehung, mit dem Ziel der Eingliederung des Täters in das Volksganze. Die Sühne für die Schuld und die Erziehung durch Strafe blieben die Pole und Garanten für eine angemessene Strafe. Deshalb müsse ein Ausgleich gefunden werden zwischen übersteigerter Härte und übertriebener Milde.

Der Vorsitzende verkündete dann die Fortsetzung der Verhandlung am Dienstag, 4. Dezember.

Die Hintermänner der separatistischen Saarpresse.

Die Wochenschrift „Westland" in deutsche Hände gebracht.

DNB. **Saarbrücken**, 30. November.

Die saarländische Wochenzeitschrift „Westland", die eineinhalb Jahre lang in Saarbrücken als führendes Blatt für die Politik der Emigranten und Separatisten erschien, ist zum ersten Male als deutsche Wochenzeitung herausgekommen. Ueber die Vorgeschichte dieses Richtungswechsels berichtet das Deutsche Nachrichtenbüro folgendes:

Das Blatt ist durch ordnungsmäßigen Verkauf der Anteile in deutsche Hände übergegangen. Die Wochenschrift „Westland" war seinerzeit von dem berüchtigten jüdischen Emigranten Thalheimer und dem früheren Besitzer der „Düsseldorfer Lokalzeitung" unter dem üblichen Deckmantel eines vorgeschobenen jüdischen Journalisten als Organ für die Hetze gegen das nationalsozialistische Deutschland gegründet worden. Thalheimer wird von der deutschen Staatsanwaltschaft wegen Betruges gesucht. Die besonders gehässige Wochenzeitung war hinter der deutschen Grenze von Wien bis Amsterdam, weiter in Paris, London, Newyork und auch in Palästina stark verbreitet. Der Erwerb der Wochenschrift durch einige Deutsche erfolgte besonders zu dem Zweck, bei den Verhandlungen die Hintermänner der Emigrantenpresse und der marxistischen Zeitungen im Saargebiet näher in Augenschein zu nehmen. Es mußten wochenlange Besprechungen mit dem betreffenden Konzern jüdischer Geschäftemacher in Paris und Saarbrücken geführt werden. Dabei tauchten teils mit Ansprüchen aus angeblichen Rechten, teils mit dem Versuch, Provisionen zu verdienen, Kommunisten und jüdische Personen in großer Zahl auf. Zu ihnen gehörte u. a. der jüdische Kommunist Nathan, der für den Emigranten Graf Loewenstein-Scharfeneck, dem vor kurzem die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt wurde, angeblich kurze Artikel und Reden schreibt. Weiter interessierten sich für die Geschäfte des Ueberganges der frühere Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Hanau; er ist Verbindungsmann der Separatisten im Saargebiet zu dem französischen Abgeordneten und Saarreferenten in der französischen Kammer André Fribourg, der sich in seiner Saarpolitik offenbar mehr von gewissen persönlichen Bindungen als von rein französischen Interessen leiten läßt. Es traten während der Verhandlung Dokumente in Erscheinung, aus denen sich ergibt, daß die Begründer und Hintermänner der Neuen Saarpost, der berüchtigten separatistischen, sich nennenden Zeitung in Saarbrücken, Anlaß hatten, auf die finanzielle Unterstützung ausgerechnet des französischen Abgeordneten André Fribourg zu rechnen. Ein Originalbrief, der den Beweis für den finanziellen Zusammenhang zwischen dem Büro des Abgeordneten Fribourg und separatistischen Zeitungen in Saarbrücken ergibt, wird bereits in der neuen Nummer des „Westland" veröffentlicht. Weiter enthält die Zeitung in Faksimile eine Quittung Thalheimers an einen Unterhändler, der von den Deutschen vorgeschickt wurde. Danach hat Thalheimer ohne Wissen der Redaktion des „Westland" und der bisherigen Besitzer die Anteile der Zeitung für 200 000 französische Franken mit allen Rechten an die neuen Besitzer verkauft. Während der Verhandlungen wurden Betrugsmanöver mit gefälschten Bilanzen versucht. Dem Schwindler Thalheimer gelang es im Laufe der betrügerischen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Emigranten und Separatisten, vermittelst gewisser Beziehungen die Politische Polizei und die Kriminalpolizei der Regierungskommission des Saargebietes mobil zu machen Die Polizei wurde sogar gegen die deutschen Käufer eingesetzt. Trotz aller dieser Schwierigkeiten und aller Gegenmanöver der Emigranten, auch des berüchtigten Max Braun und des Landesratsmitgliedes Sender, eines Verräters in der Separatistenfront, gelang es, die Wochenschrift als deutsches Blatt in Saarbrücken am Donnerstag früh auf die Straße und in die Betriebe zu bringen.

In der Bevölkerung des Saargebietes, die durch den politischen Wechsel in der Leitung des „Westland" überrascht wurde, hat dieser Erfolg der Deutschen gegen die Separatisten sich mit großer Schnelligkeit herumgesprochen und überall große Begeisterung ausgelöst. Das Blatt wird nunmehr überall verkauft so daß die Auflage im Laufe des ersten Vormittags bereits um das Zehnfache gegenüber der bisherigen Auflage gesteigert werden konnte. Im ganzen Saargebiet wird aus diesem Vorgang die Folgerung gezogen, daß auch die übrigen marxistischen Zeitungen Schwierigkeiten haben werden, weil durch die Enthüllungen auch die Hintermänner dieser Zeitungen vollkommen durcheinander geraten sind.

Untreue gegenüber den Volksgenossen.

1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus für Unterschlagung von Arbeitergeldern.

× **Paderborn**, 30. Juni.

Heute fand vor der Großen Strafkammer im Landgericht zu Paderborn der Prozeß gegen den ehemaligen Ortsgruppenleiter der NSBO Lippspringe, Kreisleiter der NSBO der Kreise Büren und Paderborn und Verbandskreisleiter des Bauarbeiterverbandes für die vier Kreise des Paderborner Landes, Emil Jüngert, aus Bad Lippspringe mit der Verurteilung des Angeklagten wegen erschwerter Untreue in Tateinheit mit gewinnsüchtiger Urkundenfälschung seinen Abschluß. Das Urteil lautete auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und drei Jahre Ehrenrechtsverlust beantragt.

In der Urteilsbegründung und in dem Prozeß enthüllte sich, daß der Angeklagte in den verschiedenen Posten, die er bekleidete, eine sehr unordentliche, nach den Worten des Vorsitzenden in der Begründung direkt liederliche Buchführung gehabt habe, die dazu angetan war, Veruntreuungen zu begehen und zu verschleiern. Bei der Ausführung seiner Straftaten, durch die nachweisbar ein Schaden von 1500 bis 2000 Mark entstand, wobei darüber hinaus weitere Summen fehlen, deren Höhe im einzelnen nicht feststellbar war, kamen dem Angeklagten die Verhältnisse zu Hilfe. Bei der großen Organisationsarbeit, die in allen Parteistellen zu leisten war, mußte sich die Partei auf die Treue derjenigen verlassen können, die damit betraut waren und denen Arbeitergroschen zur treuen Verwaltung übergeben waren. Dieses Vertrauen hat der Angeklagte schmählich enttäuscht und hat sich der Untreue gegenüber seiner Gefolgschaft schuldig gemacht. Dadurch, daß er das Vertrauen täuschte, das die große Masse der in den verschiedenen Organisationen von dem Angeklagten betreuten Arbeiter in ihn als Nationalsozialisten setzte, hat er außer diesen der Bewegung und dadurch dem Volke Schaden zugefügt. Schon die große Unordnung bei der Buchführung in seinem Büro stellt eine Verletzung der Führertreue dar, denn als Führer mußte er sich dessen bewußt sein, daß er bei aller Arbeit, die die Organisationen mit sich brachten, doch Ordnung halten oder aber von seinem Posten abtreten mußte, um ihn einem fähigeren Menschen zu überlassen, wenn er es nicht konnte. Der Angeklagte sei kein großer Defraudant, an der Höhe der Veruntreuung gemessen, aber seine Tat sei umso verwerflicher, als er arme Volksgenossen um einen Teil ihrer Arbeitsgroschen betrogen habe. So hat das Kreisparteigericht, als es Kenntnis von den Dingen erhielt, die Angelegenheit der Großen Strafkammer zu Paderborn zur Untersuchung und Sühnung übergeben, die wegen des oben angegebenen Deliktes bei aller Anerkennung der geleisteten Arbeit des Angeklagten, bevor er zu den Straftaten kam, zu dieser strengen Strafe kommen mußte. Von der Aberkennung der Ehrenrechte ist abgesehen worden. Auch die Untersuchungshaft wird dem Angeklagten angerechnet.

Vergnügungsreisen im U-Boot.

Neue Wege der Meeresforschung.

£ **London**, Ende November.

Das Unterseeboot, die gefürchtetste Waffe des Seekriegs, entwickelt neuerdings den Ehrgeiz, eine Waffe der friedlichen Wissenschaft zu werden. Mehr noch, es will sich sogar in den Dienst des reinen, privaten Vergnügens stellen. Aus Japan kommt die erfreuliche Kunde von dem ersten Vergnügungs-Unterseeboot, und die japanischen Berichte legen eine ganz unverholene Genugtuung darüber an den Tag, daß die Söhne Nippons es waren, die dem gefährlichen Werkzeug westlicher Vernichtungstechnik einen so friedlichen Verwendungszweck erschlossen. Die japanische Presse nennt den Bau ihres ersten privaten U-Bootes eine Kulturtat. Wenn man hört, welche vielseitigen wissenschaftlichen Aufgaben dem neuen Forschungsschiff zugedacht sind, wird man diesen Stolz nicht unberechtigt finden.

Anfang nächsten Jahres soll das japanische U-Boot, das unmittelbar vor der Vollendung steht, die erste Fahrt in die geheimnisumwobene Unterwasserwelt antreten. Wo beim Kriegs-Unterseeboot die drohenden Mündungen von Torpedorohren aus den Schiffswänden ragen, befinden sich dicke Spiegelscheiben, die den Blick ungehindert nach allen Seiten schweifen lassen. Sogar der Boden besteht zum Teil aus Glasplatten, damit auch die weit unter dem Boot liegende Tiefseewelt dem Auge offen daliegt. Entlang den Aussichtsscheiben sind bequeme Sessel angebracht, sodaß der Unterseereisende ebenso bequem die Aussicht genießen kann, wie im Omnibus oder Eisenbahnzug.

Doch die Bilder, die an den Wänden des fahrenden Schiffes vorbeiziehen werden, sind spannender und fremdartiger als in irgend einem Teil der Oberwelt. Im Schein der gewaltigen Scheinwerfer, die das Dunkel der Meerestiefen erhellen, werden bizarre Lebewesen auftauchen, deren grotesker Formenreichtum alle menschliche Phantasie übertrifft. Eine faszinierende Welt, die bisher nur ganz wenige Menschen erblickt haben, wird bald für jeden zugänglich sein, der eine Fahrkarte bezahlen kann.

Die japanische Schiffahrtslinie, der das Boot gehört, hat eine Reihe hochinteressanter Reiserouten in besonders sehenswerte Meeresgebiet zusammengestellt. Die ersten, die die Sensation einer Unterwasserreise erleben sollen, sind aber nicht snobistische Millionäre, sondern die bedeutendsten Naturwissenschaftler Japans. Auch für Studenten sind zahlreiche Exkursionen unter Leitung angesehener Meeresforscher vorgesehen. Die Tiefseeforschung wird sich von den Fahrten im Aussichts-Unterseeboot eine Unmenge neuer Erkenntnisse versprechen dürfen. Durch Filmaufnahmen sollen die Ergebnisse der neuartigen Meeresforschung der breiten Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Uebrigens sind die Japaner nicht die einzigen, die ein Unterseeboot auf Forschungsfahrt schicken. Vor kurzem erst hat das holländische U-Boot „K 18" seine Weltreise angetreten, die neben der Aufstellung eines Langstreckenrekords auch ernsthafter Meeresforschung dienen soll. Es ist erfreulich, daß eine Großtat der Technik, die bisher nur unter dem Gesichtswinkel der Kriegstechnik betrachtet wurde, nun auch für friedliche Zwecke nutzbar gemacht wird.

Der Insignienstreit vor dem Prager Abgeordnetenhaus.

DNB **Prag**, 28. Nov.

Im Abgeordnetenhaus brachte der deutsche christlichsoziale Abgeordnete Dr. Luschka als Beauftragter der gesamten deutschen Opposition die Universitätsangelegenheit zur Sprache. Die Regierung habe wissen müssen, daß der Erlaß zur Uebergabe der Insignien ein erneuter Anlaß zu Störungen des Friedens im Lande werden mußte. Gerade jetzt sei dies der ungünstigste Zeitpunkt zur Inszenierung des Insignienstreites gewesen. Gerade jetzt hätten sich die Deutschen lückenlos in Anerkennung geschichtlicher Tatsachen zum Staat bekannt. Sie hofften, für ihre Loyalität gerade auf kulturellem Gebiet Entgegenkommen zu finden und haben eine Enttäuschung erlitten. Im Universitätsgesetz von 1920 seien auch manche Bestimmungen zugunsten der Deutschen enthalten, die jedoch noch nicht durchgeführt worden seien. Der Abgeordnete schloß wörtlich: „Wir verlangen Sicherheit und behördlichen Schutz für die deutsche Universität. Wir wollen die ganze Angelegenheit würdig behandeln. Es handelt sich für uns nicht um eine Prestigefrage, sondern um ein lebenswichtiges kulturelles Interesse des gesamten Sudetendeutschtums."

Französische Bauern gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung.

(!) **Paris**, 28. November.

In einem der größten Säle in Paris fand am Mittwoch eine Massenkundgebung der sogenannten Landwirtschafts- und Bauernpartei statt, einer rechtsgerichteten unpolitischen Organisation, an der etwa 10 000 Personen teilnahmen. Die Kundgebung nahm einen recht stürmischen Verlauf. Der Präsident der Organisation nahm den Teilnehmern den Schwur ab, sofort auf dem flachen Lande eine scharfe Propaganda gegen die augenblickliche Wirtschaftspolitik zu beginnen. Andere Redner kritisierten insbesondere die Kontingentierungsmaßnahmen der Regierung und forderten die Versammelten auf, wenn nötig zu Gewaltmaßnahmen zu schreiten. In einer Entschließung wurde gegen die Deflationspolitik, die internationale Großfinanz, den Preissturz landwirtschaftlicher Erzeugnisse und den Bankrott des öffentlichen Kredits protestiert und das Programm der Organisation entwickelt, das im Schutze der Arbeit, der Wiederherstellung der Ordnung, der Rechtspflege und der Staatsautorität besteht. Es wurde beschlossen, gegebenenfalls zu Taten zu schreiten, wenn die Regierung den Forderungen nicht nachkomme.

Im Anschluß an die Kundgebung im Saal versuchten die Teilnehmer sich auf der Straße zu sammeln und unter dem Gesange der Marseillaise zum Grabmal des Unbekannten Soldaten zu gelangen. Die Polizei schritt aber sofort ein und zerstreute die Menge, wobei es hier und da zu heftigen Zusammenstößen kam. Ueber dem Stadtviertel kreist ein kleines Luftschiff der Polizei, das durch drahtlose Telegraphie mit dem Polizeipräsidium in Verbindung steht.

Eine antiklerikale Universitätsfeier in Brüssel.

Die Universität Brüssel, an der freimaurerische Elemente eine vorherrschende Rolle spielen, feierte in diesen Tagen ihr 100jähriges Jubiläum. Die akademische Zeremonie vollzog sich in Anwesenheit des Königs in aller Würde und Feierlichkeit. Im Anschluß daran fand ein Festmahl statt, das leider mit einer schweren und peinlichen Entgleisung endete. 500 Gäste waren geladen, darunter zahlreiche Ausländer. Gegen Ende der Festlichkeit wurden immer stärker Elemente tonangebend, die mit dem Absingen von Liedern, z. B. „Nieder mit den Pfaffen" dem Festmahl einer anti-katholischen und anti-klerikalen Demonstration gaben.

Ein grundsatzfester Familienvater.

KK **London**, im Nov.

Vor einiger Zeit ging der in seiner Art einzigartige Prozeß eines englischen Familienvaters durch die ganze englische Presse. Herr Finlan, ein Kriegsinvalide aus dem Dorf Stechford, bei Birmingham, hatte seine sechs Kinder bisher in die katholische Schule des nächstgelegenen Ortes geschickt. Da er nur 30 Sh. Wochenrente bekam, wurde das Fahrgeld, 5 Sh. pro Woche, schließlich eine zu große Belastung. Er wurde aufgefordert, seine Kinder in die nicht-katholische Dorfschule zu schicken. Dieser Aufforderung kam er nicht nach. Er weigerte sich, seine Kinder in eine nicht-katholische Schule zu schicken. Es kam zu einer Gerichtsverhandlung, und er wurde zu einer Geldstrafe, bei Zahlungsunfähigkeit, zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Auch die Zahlung der Geldstrafe verweigerte er, indem er erklärte, er zöge es vor, sich einsperren zu lassen.

Nach langen Verhandlungen, an denen die ganze Oeffentlichkeit teilnahm, willigte er auf Wunsch des Erzbischofs Williams von Birmingham ein, seine Kinder in die nicht-katholische Schule zu schicken. Dagegen beharrte er bei der Weigerung, die Geldstrafe zu zahlen. So wurde er vorige Woche eingesperrt, aber schließlich erließ man ihm zwei Tage der vom Gericht festgesetzten Haft. In seiner Zelle schrieb er folgende Erklärung nieder:

„Ich verlange nichts weiter als Gerechtigkeit. Ich will katholische Schulen mit katholischen Lehrern für meine Kinder. Die Kinder gehören mir. Ich ließ mich einsperren um eines Grundsatzes willen; auch wenn die Geldstrafe mit einem Knopf hätte bezahlt werden können, hätte ich die Zahlung verweigert. Ich glaube, daß die Unrast und Zuchtlosigkeit der Jugend darin begründet liegt, daß sie keine religiösen Grundsätze hat. Ich bedauere meine Handlung nicht. Grundsätze sind nutzlos, wenn man sie nicht aufrechterhält."

Der Fall wird in der ganzen englischen Presse lebhaft diskutiert. Ein angesehener Geistlicher äußert sich dazu: „Der Fall legt einen konfessionellen Uebelstand bloß, der nicht so sehr dem Birminghamer Schulrat zur Last fällt, als vielmehr der Schulgesetzgebung vom Jahre 1902. Er ist im Tiefsten eine unvermeidliche Folge der Tatsache, daß auf Grund jener Gesetzgebung das Unterrichtsministerium bei Erteilung einer Lizenz für katholische Schulen nicht die Wünsche der Eltern berücksichtigt, sondern wirtschaftliche Gründe. Stechford wird nun seine Lizenz bekommen und die Kinder des Herrn Finlan ihre katholische Schule. Aber selbst wenn Herr Finlans Aktion diesen Erfolg nicht gehabt hätte, so ist es auf jeden Fall ihr Verdienst, die Aufmerksamkeit und das Interesse der Oeffentlichkeit auf einen Uebelstand gezogen zu haben."

Neues in Kürze.

26 Kurrende-Sänger aus Eisenach, meist arme Arbeiterkinder, die an der Thüringenfeier im Thüringenhaus mitgewirkt hatten, haben es sich nicht nehmen lassen, dem Führer im Garten der Reichskanzlei einige Heimatlieder vorzutragen. Der Führer ließ der kleinen Sängerschar eine Spende für die Weihnachtskasse übergeben.

Der König von England hat an den Führer und Reichskanzler ein Telegramm gesandt, in dem er, zugleich im Namen der Königin, seinen herzlichen Dank für die Glückwünsche zur Vermählung des Herzogs von Kent ausspricht. Ebenso haben der Herzog und die Herzogin von Kent dem Führer und Reichskanzler telegraphisch ihren Dank für die ihnen persönlich übermittelten Glück- und Segenswünsche ausgesprochen.

Im Rahmen eines Besuches, den der Reichsführer des NS-Studentenbundes, Reichsamtsleiter Derichsweiler, der Leipziger Studentenschaft abstattete, hielt er einen Appell über die Mannschaft des Kameradschaftshauses Schlageter ab. Hierbei betonte er erneut die Wichtigkeit der Kameradschaftshaus-Erziehung und erklärte: Das Leipziger Kameradschaftshaus „Schlageter" wird hiermit unter Führung des ersten Kameradschaftshausführers, Sturmführers Zimmermann, als bisher einziges und erstes Kameradschaftshaus des NS-Studentenbundes der NSDAP in ganz Deutschland anerkannt.

Am Donnerstag wurde der Chefkonstrukteur der Daimler-Benz-Werke Dr. h. c. Nibel zur letzten Ruhe bestattet. Als erster legte Obergruppenführer Hühnlein im Auftrage des Führers einen Kranz nieder.